

*Paul Gans, Claus Schlömer*

## **Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945**

URN: urn:nbn:de:0156-0754086



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 127 bis 161

Aus:

Paul Gans (Hrsg.)

## **Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration**

Forschungsberichte der ARL 3

Hannover 2014

Paul Gans, Claus Schlömer

# Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945

## Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Phasen internationaler Migration
  - 2.1 Nachkriegsjahre
  - 2.2 Vom Aus- zum Zuwanderungsland: internationale Migrationen bis zum Anwerbestopp (1949–1973)
  - 2.3 Stagnationsphase und bevölkerungsstruktureller Wandel (1973–1985)
  - 2.4 Phase außerordentlicher Dynamik (1985–1998)
  - 2.5 Fortschreitende Diversifizierung des Wanderungsgeschehens seit 1998
- 3 Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration
  - 3.1 Ausmaß der räumlichen Konzentration
  - 3.2 Erklärungsansätze zu Charakteristika von Raummustern ausgewählter Nationalitäten
  - 3.3 Erklärungsansätze: eine Synthese
- 4 Zusammenfassung

Literatur

## Kurzfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg verzeichnete Deutschland bis heute eine insgesamt positive Wanderungsbilanz. Die Migrantenströme unterliegen erheblichen zeitlichen Schwankungen und offenbaren eine Abhängigkeit von politischen und ökonomischen Entwicklungen, die ihre Ursachen in Deutschland, oftmals aber auch im Ausland haben. Im Verlauf der Jahrzehnte sind die Zusammensetzung der Zuwanderungen nach demographischen, soziokulturellen und ethnischen Beschreibungsmerkmalen sowie die Formen der Migration, z.B. dauerhaft, saisonal oder transnational, deutlich vielfältiger geworden. Integrations- und Migrationsbelange änderten sich, auch weil die räumliche Verteilung der Migrant(inn)en nach Zeitpunkt der Zuwanderung, Staatsangehörigkeit, Bildungsniveau oder Wandermotiv charakteristische Muster von einer ausgesprochenen Konzentration bis zu einer relativ gleichmäßigen Verteilung über das Bundesgebiet aufweist. Maßgebliche Faktoren zur Erklärung der räumlichen Muster differieren von Gruppe zu Gruppe und hängen z.B. mit den migrationspolitischen und ökonomischen Bedingungen in Deutschland zum Zeitpunkt der Zuwanderung, den Motiven für die Migration, mit der Wirksamkeit von Migrantennetzwerken, mit staatlichen Maßnahmen zur Steuerung der räumlichen Verteilung oder mit der Qualifikation der Migrant(inn)en zusammen.

## Schlüsselwörter

Internationale Migration – zeitlicher Verlauf – historische Bedingungen der Zuwanderung – räumliche Verteilung – Migrantennetzwerke – staatliche Steuerung – Qualifikation der Migranten

## Phases of international migration and their effects on spatial and settlement developments in Germany since 1945

Since the end of the Second World War Germany has recorded an overall positive balance of migration. The migration flows are subject to significant fluctuations and reveal a dependence on political and economic developments that have their roots in Germany, but often also abroad. Over the decades, the composition of immigrants according to demographic, social, cultural and ethnic characteristics as well as forms of migration, such as permanent, seasonal or transnational, have become more diverse. According to nationality, the migrants have a characteristic, independent spatial distribution compared to the total population as well as to that of other nations. Relevant factors explaining the spatial patterns differ from group to group and depend, for example, upon the migration policy and economic conditions in Germany at the time of immigration, the efficacy of migrant networks, government measures to control the spatial distribution, or migrants' skills.

## Keywords

International migration – temporal characteristics – historical conditions of immigration – spatial distribution – migrant networks – government intervention – migrants' skills

## 1 Einleitung

Deutschland verzeichnete nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute eine insgesamt positive Wanderungsbilanz. Ein- und Auswanderungen waren in diesem Zeitraum von erheblichen Schwankungen gekennzeichnet, sodass sich Phasen mit zum Teil kräftigen Migrationsgewinnen mit relativ kurzen, von Verlusten geprägten Abschnitten abwechselten (Tab. 1; Abb. 1). Zeitgleich erfuhren Bevölkerungsstruktur, Motive, Verweildauer, aufenthaltsrechtlicher Status der Zuwanderer und Zuwanderinnen wie die Formen ihrer Migration (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band) immer wieder Änderungen, die z. B. von der jeweiligen gesellschaftlichen Situation in Deutschland wie in den Herkunftsländern oder der Migrationspolitik (Beitrag Geiger/Hanewinkel in diesem Band) beeinflusst wurden. In Deutschland leben mehrere Generationen von Immigrant(inn)en und ihre hier geborenen Nachkommen. Ihre Bevölkerungsstruktur ist nach demographischen, sozioökonomischen, soziokulturellen und ethnischen Beschreibungsmerkmalen von Vielfalt gekennzeichnet, die durch unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensstile weiter ausdifferenziert wird. Diese Diversität ist Folge wiederholter Migrationswellen nach Deutschland, die jeweils mit spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen einhergingen. Auf die Bedingungen dieser einzelnen Phasen internationaler Migration, auf die Positionen wie Interessen von Akteuren aus Politik und Wirtschaft, auf den Wandel von Migrations- und Integrationspolitik geht der Beitrag im ersten Teil ein. Im zweiten Teil werden die gegenwärtige räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland insgesamt und diejenige ausgewählter Staatsangehörigkeiten auf Ebene der Kreise dargestellt sowie mögliche Erklärungsansätze für die Verteilungen gegeben. Die räumlichen Muster veranschaulichen die komplexen Entwicklungspfade der Zuwanderung nach Deutschland. Eine Zusammenfassung schließt den Beitrag ab.

Tab. 1: Phasen internationaler Migration in Deutschland nach 1945

Zeitraum	Charakterisierung des Außenwanderungsgeschehens
1945 – 1949	<i>displaced persons</i> , Vertriebene, Flüchtlinge
1949 – 1961	Zuwanderung aus der DDR in das frühere Bundesgebiet; Auswanderung von Deutschen; Beginn der aktiven Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer(innen)
1961 – 1973	Bau der Mauer; Ausweitung der aktiven Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer(innen)
1973 – 1985	Anwerbestopp; Förderung der Remigration
1985 – 1998	Ost-West-Wanderung; Zuwanderung von Aussiedler(inne)n; Asylbewerber(innen) und Flüchtlinge
seit 1998	Beschränkung der Zuwanderung; Steuerung der Zuwanderung zugunsten spezifischer Migrantengruppen; Bedeutungsgewinn spezifischer Zuwanderungsgruppen; Ausdifferenzierung der Herkunftsländer der Migrant(inn)en

Quelle: Swiaczny/Milewski 2012: 13; geändert und ergänzt

## 2 Phasen internationaler Migration

### 2.1 Nachkriegsjahre

Nach dem Kriegsende 1945 hielten sich als Folge der nationalsozialistischen Raubwirtschaft (Bade/Oltmer 2003: 279) 10 bis 12 Mio. Menschen in Deutschland auf, die nicht aus Gebieten in seinen heutigen Grenzen stammten: Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, *displaced persons*, Überlebende der nationalsozialistischen Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager, Flüchtlinge und deutsche Staatsangehörige, die aus den ehemaligen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße, aus Tschechien, Polen und anderen Ländern in Südost- wie Osteuropa vertrieben worden waren (Bade/Oltmer 2003: 279). Die vier alliierten Besatzungsmächte verwirklichten mit Unterstützung von Hilfsorganisationen innerhalb von zwei Jahren den Rücktransport der *displaced persons* in ihre Heimatländer. Im Juni 1947 lebten von ihnen noch etwa 0,5 Mio. in Deutschland, deren Zahl bis 1950 auf 150 000 im damaligen Bundesgebiet zurückging (Bade/Oltmer 2003: 280 f.). Nur ein sehr kleiner Teil der *displaced persons* verblieb in der Regel aus Alters- oder Gesundheitsgründen in Deutschland.

Im Herbst 1946 lebten von den 9,6 Mio. Deutschen, die vor den Kriegereignissen geflüchtet oder aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, 3,6 Mio. in der sowjetischen und 6 Mio. in den drei westlichen Besatzungszonen. Bis 1950 erhöhte sich ihre Zahl in der BRD auf 7,9 Mio. oder 15,9%, in der DDR auf 4,4 Mio. oder 23,9% der jeweiligen Bevölkerung. Die Alliierten forderten die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als vorrangiges Ziel für die Regierungen der Länder. Allerdings waren die damit verbundenen Belastungen

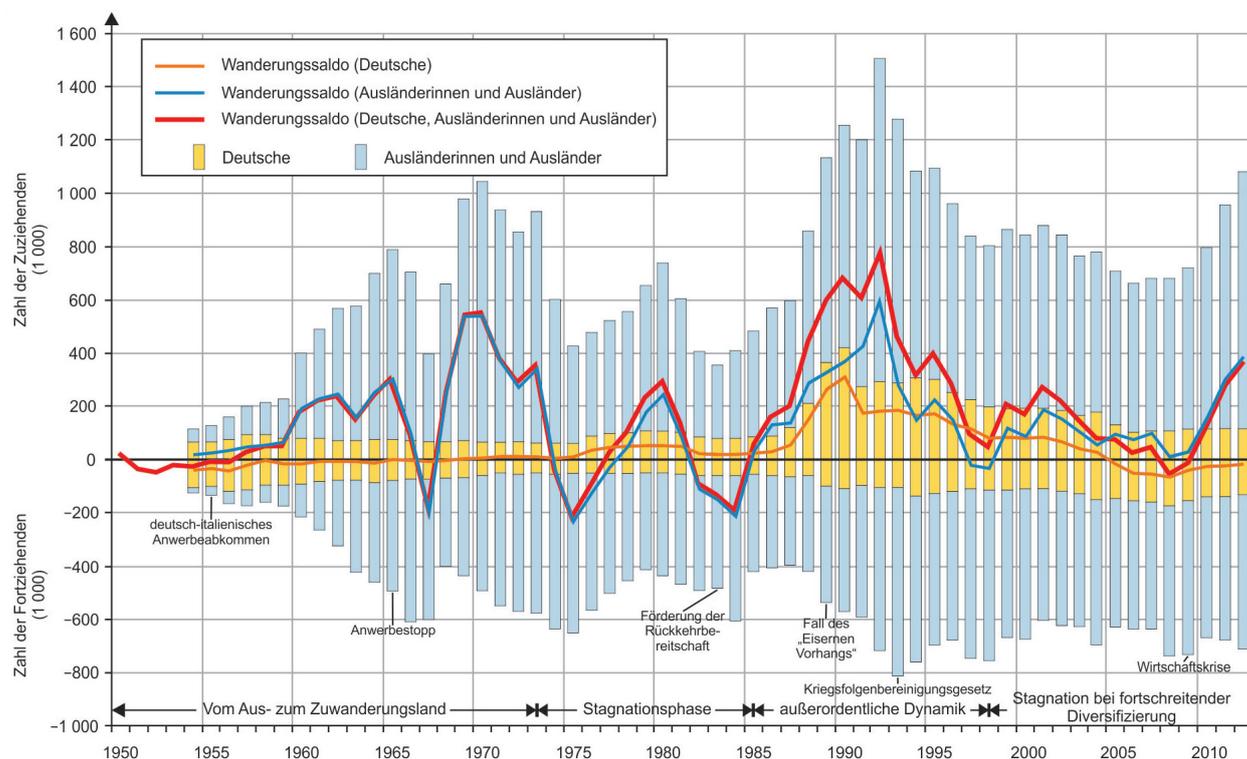
für die einzelnen Länder unterschiedlich hoch. Den Flüchtlingen und Vertriebenen wurde Wohnraum vor allem in den vom Krieg am wenigsten zerstörten ländlichen Räumen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zugewiesen (Bade/Oltmer 2004: 60). Man ging auch davon aus, dass die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln dort am ehesten gesichert wäre.

Erwartungen der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie geringes Verständnis der Einheimischen für die Lebenslage der neuen Mitbürger(innen) erschwerten eine rasche Integration. Die miserable allgemeine Lebenssituation vor 1950 trug ebenfalls nicht zur Entspannung bei (Benz 1992: 384), obwohl z. B. Bayern durch gezielte Kreditgewährung versuchte, Gewerbe- und Industrieansiedlungen von Flüchtlingen und Vertriebenen mit ihrem z. T. spezifischem Know-how zu fördern. Eine entscheidende Voraussetzung für die Integration erfolgte mit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten. In der DDR wanderten die Umsiedler zu den großen Investitionsprojekten wie in Rostock, Eisenhüttenstadt oder Hoyerswerda. Ein großer Teil von ihnen verließ auch die DDR in Richtung Westen. Im früheren Bundesgebiet wurde im November 1949 ein erstes von drei Umsiedlungsprogrammen bis 1952 verabschiedet, wodurch für 900.000 Flüchtlinge und Vertriebene Wohnraum vorzugsweise in den wirtschaftlichen Zentren von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Bremen geschaffen wurde. Letztendlich gingen von der Hochkonjunktur in den 1950er Jahren nachhaltige Impulse für die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen aus, die jedoch trotz ihrer Qualifikationen zunächst vor allem Zugang zu den gering bezahlten Segmenten des Arbeitsmarktes hatten (Bade/Oltmer 2003: 283).

Die unbefriedigende Integration in den deutschen Arbeitsmarkt nach mehr als 20 Jahren der Vertreibung bestätigen Bauer/Braun/Kvasnicka (2011) mit der Analyse von Individualdaten aus der Mikrozensuszusatzenerhebung 1971. Die erste Generation von Flüchtlingen und Vertriebenen hatte ein geringeres Einkommen, niedrigere Eigentumsquoten und war eher arbeitslos als westdeutsche Bürger(innen) mit vergleichbarem sozialen Status vor Kriegsbeginn. Diese Relation findet sich durchaus bei der zweiten Generation wieder, obwohl deren generationenübergreifende Steigerung des Bildungsniveaus besser als bei den westdeutschen Personen der zweiten Generation ausfiel. Wenn auch Flucht und Vertreibung durchaus heterogene Folgen für den Einzelnen je nach sozialer Ausgangssituation hatten – ehemalige Landarbeiter konnten ihre Einkommen durch die industriellen Arbeitsplätze deutlich erhöhen –, kann die ökonomische Benachteiligung vieler, insbesondere von Vertriebenen, die vor Kriegsausbruch im Dienstleistungssektor beschäftigt waren, weder durch Unterschiede in Sprache, Bildung oder Kultur noch durch selektiv wirkende Effekte der Migration erklärt werden (Bauer/Braun/Kvasnicka 2011: 5).

## **2.2 Vom Aus- zum Zuwanderungsland: internationale Migrationen bis zum Anwerbestopp (1949–1973)**

In den 1950er Jahren war die Bundesrepublik sowohl Ein- als auch Auswanderungsland. Zunächst war die Bilanz in etwa ausgeglichen, wurde dann aber gegen Ende der Dekade kontinuierlich positiver (Abb. 1). Auffallend ist der hohe Anteil deutscher Staatsangehöriger bei Immigration wie Emigration. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer stammten vor allem aus Ost- und Südosteuropa oder aus der DDR, aus der 2,6 Mio. Einwohner vor dem Mauerbau 1961 in den Westen flüchteten. Entscheidende Motive für die Migration waren insbesondere die Unzufriedenheit mit dem politischen System in den Herkunftsgebieten und der Wunsch, am wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik teilzuhaben. Die äußerst positive ökonomische Entwicklung (Abb. 2) zog zudem auch Migrant(inn)en aus nicht sozialistischen Ländern in Europa an.

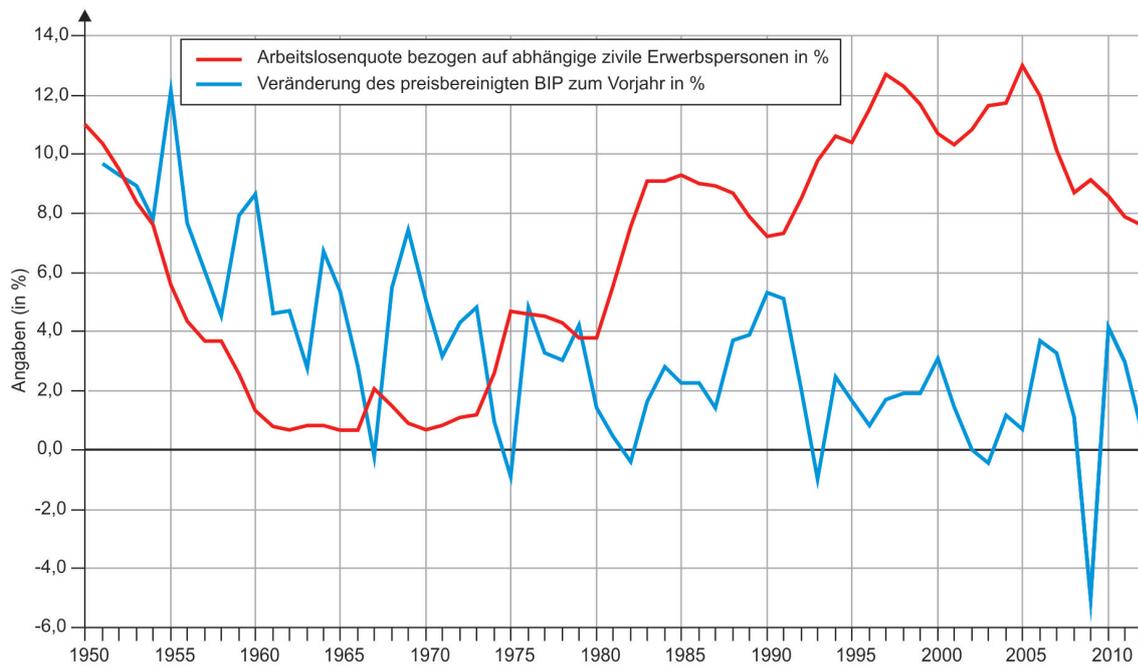
Abb. 1: Zu- und Auswanderung von Deutschen und Ausländer(inne)n über die Außengrenzen Deutschlands (1954–2012)<sup>1</sup>

<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet

Quelle: eigene Darstellung nach Daten von Grünheid/Mammey 1997; Statistisches Bundesamt 1999 ff. ([www.destatis.de](http://www.destatis.de))

Deutsche Emigrant(inn)en aus der Bundesrepublik sahen ihre Chancen, im westlichen Europa oder in Übersee ihre Lebenssituation zu verbessern, sodass bis in die 1960er Jahre die Außenwanderungsbilanz der deutschen Bevölkerung leicht negativ blieb (Abb. 1). Ausländische Anwerbekommissionen sprachen noch in den 1950er Jahren gezielt Fachkräfte in der Bundesrepublik an, die vor allem in Großbritannien, Frankreich oder Belgien gefragt waren (Steinert 1992: 387). Nach Gründung der Bundesrepublik wurden auch Länder in Übersee gegenüber deutschen Emigrant(inn)en aufgeschlossener, knapp 780.000 wanderten in den 1950er Jahren vor allem in die USA, nach Kanada oder Australien aus (Bade/Oltmer 2004: 70; Steinert 1992: 386). Die Regierungen verfolgten dabei durchaus eigene Interessen, die vor dem Hintergrund des Kalten Krieges sowie des Koreakrieges zu bewerten sind: wirtschaftliche wie arbeitsmarktpolitische Aspekte, die außenpolitische Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis oder humanitäre Hilfe angesichts der Flüchtlingsproblematik (Steinert 1992: 389). Die deutsche Migrationspolitik richtete ihr Augenmerk auf die Kontrolle von Zu- und Auswanderung. Zum einen schloss die Bundesregierung 1952 mit Australien einen Vertrag über fünf Jahre ab, in dem jährlich die bevölkerungsstrukturelle Zusammensetzung des Auswanderungskontingents vereinbart wurde (Steinert 1992: 391). Zum anderen sprachen sich Anfang der 1950er Jahre die Innenminister der Länder mit hohen Flüchtlingszahlen für eine Eindämmung der Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer aus, obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen von 1950 bis 1955 um 42% verringert, die Quote sogar von 11% (1950) auf 5,6% (1955) halbiert und das Bruttoinlandsprodukt fast verdoppelt hatte (Abb. 2).

Abb. 2: Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands (1950–2012)<sup>1</sup>



<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet

Quelle: eigene Darstellung nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf (Datenstand Juli 2013)

Schon 1952 zeigten sich bei arbeitsintensiven Branchen und schlecht bezahlten Beschäftigungen Engpässe auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. So konnten landwirtschaftliche Arbeitsplätze in Süddeutschland nicht mehr mit deutschen Erwerbspersonen besetzt werden, und dieser Trend weitete sich bereits seit 1955 auf nicht-agrarische Wirtschaftsbereiche wie z. B. die Automobilindustrie aus (Sonnenberger 2003: 150). Doch stellten sich den Forderungen, ausländischen Arbeitskräften vor allem für Tätigkeiten in der Landwirtschaft zumindest befristet eine Arbeiterlaubnis zu erteilen, die Bundesanstalt für Arbeit, das Bundesarbeitsministerium sowie die Gewerkschaften entgegen. Sie befürworteten eine erhöhte Ausschöpfung des einheimischen Erwerbspersonenpotenzials. Diese Widerstände schwächten sich mit der anhaltend guten wirtschaftlichen Entwicklung ab (Abb. 2), sodass im Dezember 1955 das deutsch-italienische Anwerbeabkommen abgeschlossen wurde (Sonnenberger 2003: 151). Aber erst als im Jahre 1960 die Arbeitslosenquote unter 3% gesunken war und die Arbeitsnachfrage weiterhin hoch war, wurde die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer(innen) als einzige Option bewertet, um der Knappheit von Arbeitskräften in allen Branchen zu begegnen. Diese Situation spitzte sich dadurch zu, dass sich seit Mitte der 1950er Jahre das Arbeitsangebot aus mehreren Gründen verringerte: Als Folge des Krieges erreichten schwach besetzte Jahrgänge das Erwerbsalter, die Ausbildungszeit wurde länger, das mittlere Renteneintrittsalter ging zurück, die Wochenarbeitszeit wurde gesenkt, und die Wehrpflicht entzog Männern im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt (Herbert 2001: 208). Das Zusammentreffen eines sinkenden Arbeitsangebotes bei steigender Arbeitskräftenachfrage führte zu weiteren Anwerbeabkommen, die mit Spanien und Griechenland (jeweils 1960), mit der Türkei (1961), mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) abgeschlossen wurden. Mit den bilateralen Verträgen verfolgte die Bundesregierung auch außenpolitische Ziele wie das Zurückdrängen des Kommunismus, die Bindung der Staaten an die Nato (Türkei) oder die Sicherstellung der Hallstein-Doktrin (Schönwälder 2003: 141).

Ausländische Arbeitskräfte hatten drei Optionen, eine Beschäftigung in der Bundesrepublik zu erhalten (Sonnenberger 2003: 152 f.):

1. Die Vermittlung durch die Anwerbekommission im jeweiligen Anwerbeland beruhte auf einem Antrag eines bundesdeutschen Unternehmens. Bei diesem „Ersten Weg“ konnten die Arbeitsverwaltungen in der Bundesrepublik und im Anwerbeland Geschlecht, Alter, Qualifikation und Herkunftsregion der Migrant(inn)en steuern.
2. Beim „Zweiten Weg“ erfolgte die Rekrutierung dezentral. Fand ein Unternehmen keine geeignete deutsche Erwerbsperson für einen Arbeitsplatz, konnte es – um z. B. die zum Teil langen Vermittlungszeiten der Arbeitsverwaltungen zu umgehen – mit Unterstützung der zuständigen lokalen Behörde in Deutschland eine ausländische Arbeitskraft namentlich anwerben. Das zuständige deutsche Konsulat erteilte dann dieser Person die Einreiseerlaubnis. Diese Vorgehensweise brachte die Bildung und Ausweitung von Migrantennetzwerken mit sich, und Kettenmigrationen waren die Folge (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band). Die Unternehmen fragten im Allgemeinen bei ihnen beschäftigte ausländische Arbeitskräfte, die wiederum Verwandte und Bekannte aus ihrem sozialen Umfeld benannten (Hunn 2005: 410). So erhält Heins (2006: 163 ff.) auf der Basis einer Telefonbuchauswertung Hinweise auf räumliche Konzentrationen für ausgewählte italienische Nachnamen in Deutschland: z. B. Amato, sehr verbreitet in Kampanien und Puglia, ist häufig in Ludwigshafen am Rhein registriert.
3. Beim „Dritten Weg“ kamen arbeitssuchende Migrant(inn)en als Tourist(inn)en nach Deutschland und beantragten vor Ort eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis. Diese Art der Einreise kann z. B. als ein Ansatz dienen, die Konzentration der türkischen Bevölkerung in Berlin zu erklären. Türk(inn)en konnten über den Flughafen Schönefeld in der DDR ohne Einreisekontrollen in den westlichen Teil der Stadt gelangen.

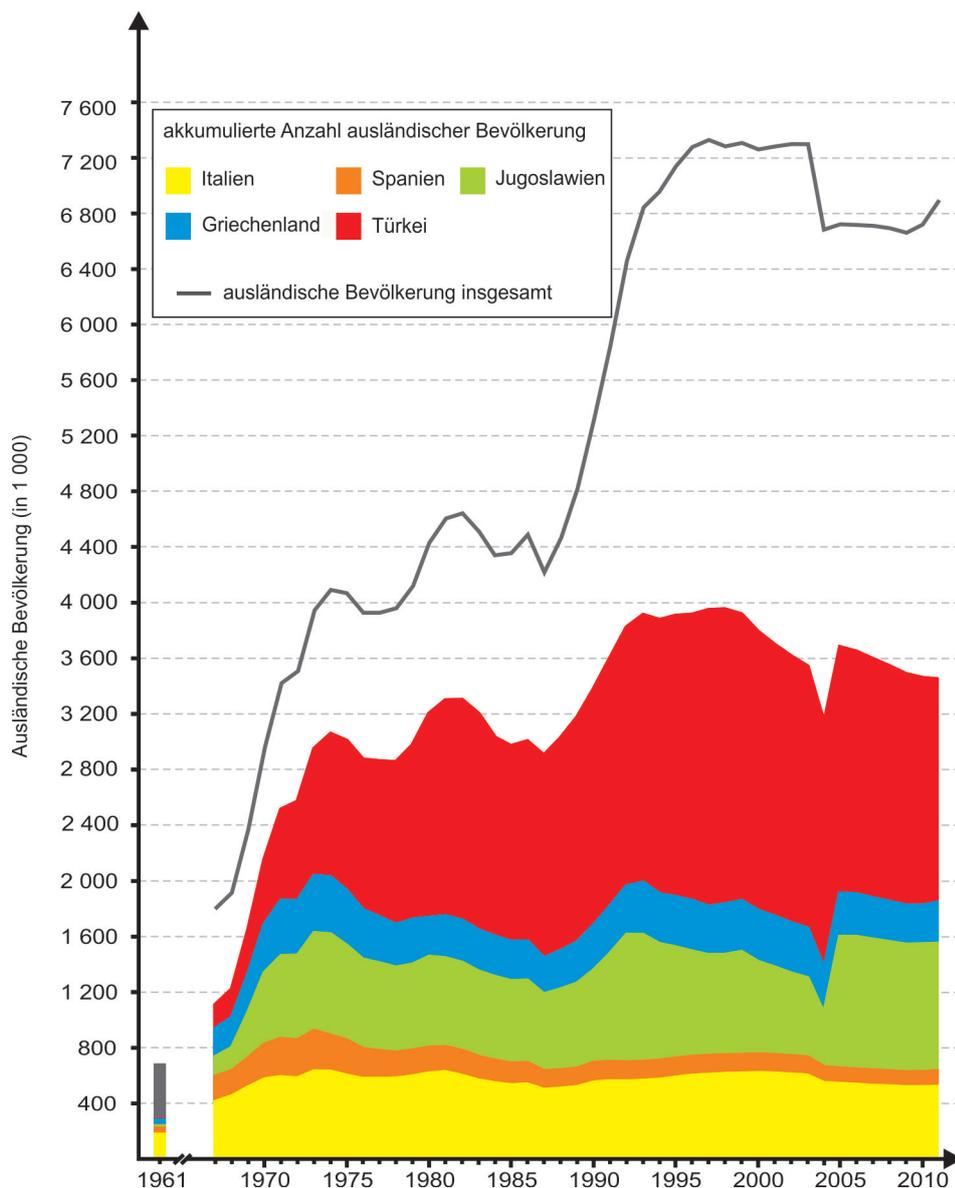
Mit dem Anschwellen der Zuwanderung im Verlauf der 1960er Jahre verlor der formale „Erste Weg“ an Bedeutung (Sonnenberger 2003: 165). Zum einen konnten die Arbeitsverwaltungen die Menge von Anfragen nicht bewältigen, zum anderen wurde dieser Trend auch durch die zunehmende Freizügigkeit innerhalb der EWG befördert.

Der Krise Mitte der 1960er Jahre, als die Zuwanderungszahlen kurzfristig deutlich zurückgingen (Abb. 1), folgte eine Neuorientierung der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit befürwortete nicht mehr uneingeschränkt den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, verwies vielmehr auf soziale Folgekosten „und forderte ein umfassendes politisches Konzept für die Beschäftigung und Integration von Migrantinnen und Migranten“ (Sonnenberger 2003: 173). Viele von ihnen waren oftmals auf dem Firmengelände in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (Kasten 2 im Beitrag Gans/Glorius in diesem Band), deren Bau angesichts des angespannten Wohnungsmarktes in den Kommunen bis Anfang der 1970er Jahre von der Bundesanstalt für Arbeit zur Sicherung der Anwerbeerfolge gefördert wurde.

1970 lebten 2,6 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik, 1973 fast 4 Mio. (Abb. 3). In diesem Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen um 80 % auf gut 270.000 Personen – abgesehen von der Krise 1966/67 war sie erstmals wieder so hoch wie 1960 – und gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer(innen) um gut 40 %. Änderungen der wirtschaftspolitischen Orientierung sowie Befürchtungen über soziale Folgekosten bei Verfestigung des Aufenthalts ausländischer Arbeitnehmer(innen) in Deutschland stärkten die Position einer zahlenmäßigen Konsolidierung ihrer Beschäftigung. Mit dieser Zielorientierung war es angesichts der sogenannten Ölkrise nur noch ein kleiner Schritt zum Anwerbestopp im November 1973.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten ausländische Arbeitskräfte eine doppelte Funktion inne (Schütte/Sinz 1985; Jones 1994): Zum einen glichen sie quantitative Defizite bei der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Zum andern waren sie als weitgehend ungelernete, billige Arbeitskräfte im Arbeitsmarktsegment mit geringem Prestige und Status beschäftigt und erlaubten auf diese Weise, unter Beibehaltung fordistischer Produktionsstrukturen die Lohn-Stück-Kosten niedrig zu halten (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band). Beide Funktionen bestätigen sich in der Branchen- und Berufsstruktur der Ausländer mit dem Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe (Zarth 1994).

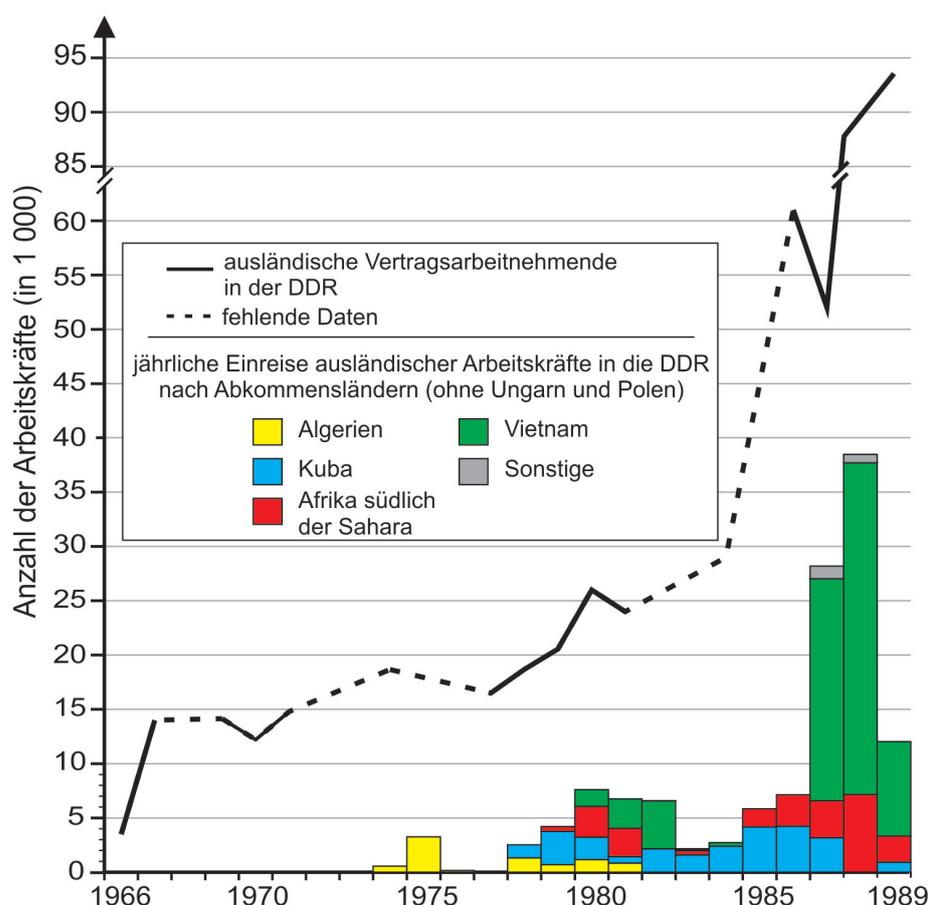
Abb. 3: Ausländer(innen) in Deutschland nach den fünf wichtigsten Hauptanwerbeländern (1961, 1967–2011)<sup>1</sup>



<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet; für die Jahre 1962 bis 1966 liegen keine Daten vor.

Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Abb. 4: Ausländische Vertragsarbeiter(innen) in der DDR (1966–1989)



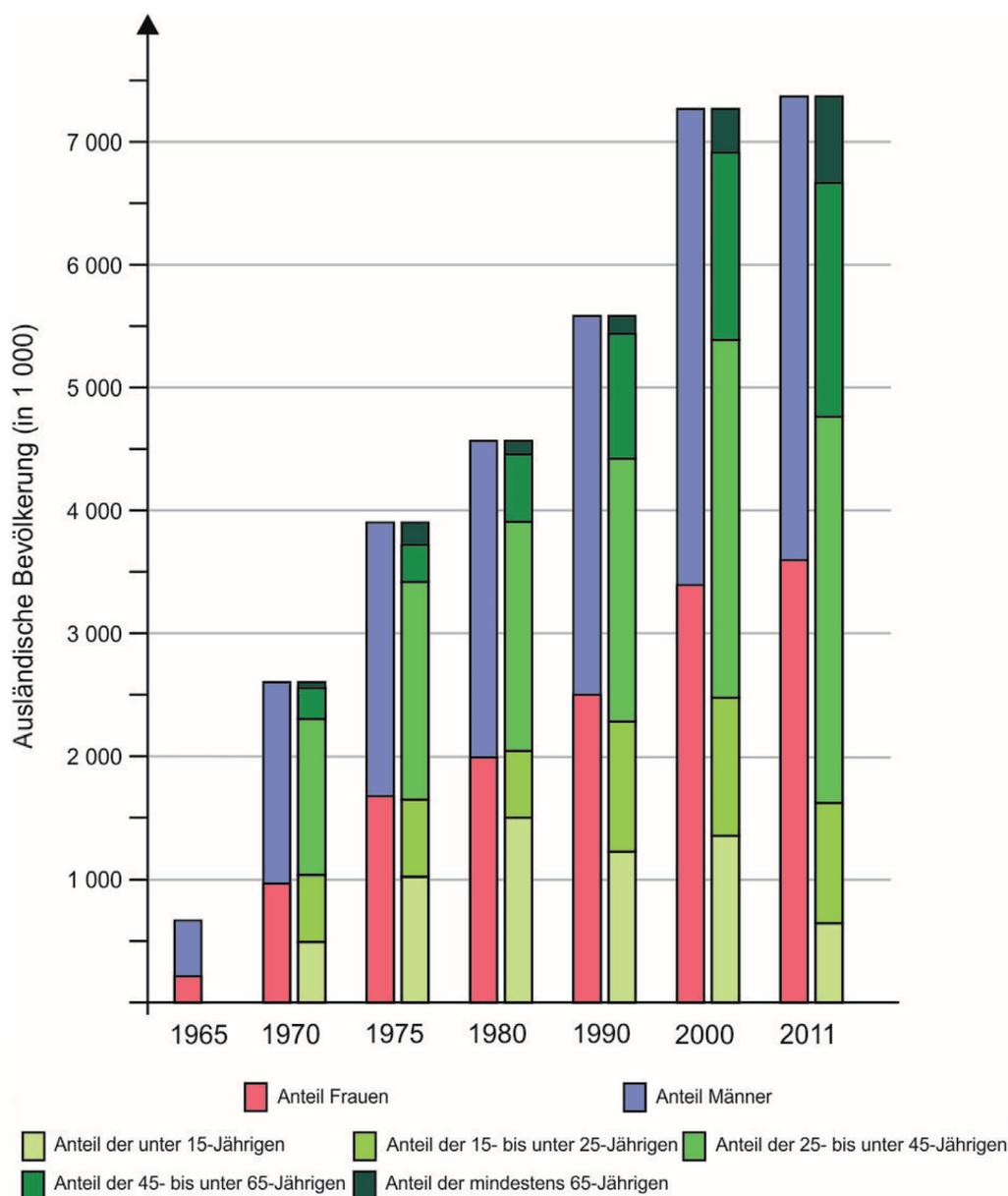
Quelle: eigene Darstellung nach Daten in Bade/Oltmer 2004: 95 und Zwengel 2011: 4

In der DDR bestanden ebenfalls Engpässe auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes. In den 1960er Jahren warb die Regierung zunächst Arbeitskräfte aus Polen, Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei an, seit den 1970er Jahren unter Vorgabe ausbildungspolitischer Ziele vermehrt aus weniger entwickelten sozialistischen Ländern, vor allem aus Kuba, Mozambique und Vietnam (Abb. 4). Die bilateralen Vereinbarungen zielten strikt auf die Rotation der Beschäftigten: Junge, ledige Personen wurden bevorzugt, der Aufenthalt war zeitlich auf zwei bis vier Jahre befristet (Zwengel 2011: 5), die Ausländer(innen) mussten nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge in ihre Herkunftsländer zurückkehren, Schwangerschaften hatten in der Regel die Abschiebung zur Folge (Wenning 1996: 136 ff.). Während ihres Aufenthaltes waren die ausländischen Beschäftigten in räumlich separiert gelegenen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Frage nach der Ein- oder Zuwanderung stellte sich im Grundsatz nicht. So hielten die Verträge fest, „[...] dass die Genehmigung zum Aufenthalt in der DDR jederzeit ohne Begründung zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden konnte“ (Bade/Oltmer 2007: 163).

Wie in der Bundesrepublik erledigten die Vertragsarbeiter(innen) jene Tätigkeiten, die von den Einheimischen wenig geschätzt wurden, wenn auch anfangs zumindest ansatzweise Qualifikationen als Teil der Entwicklungspolitik vermittelt wurden (Gruner-Domić 1999; Zwengel 2011). In den 1980er Jahren hatten diese Ziele keine Bedeutung mehr, da der Arbeitskräftemangel aufgrund unterlassener Investitionen in den Maschinenpark so

gravierend wurde, dass die Betriebe eine Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte forderten (Abb. 4). Im Vergleich zur Bundesrepublik blieb der Umfang jedoch gering: 1989 lebten in der DDR 93.568 Vertragsarbeiter(innen), etwa die Hälfte der 190.400 ausländischen Staatsangehörigen, die weniger als 1% der Gesamtbevölkerung ausmachten (Bade/Oltmer 2004: 95).

Abb. 5: Alters- und Geschlechterverteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland (1975–2011)<sup>1</sup>



<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet

Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

### 2.3 Stagnationsphase und bevölkerungsstruktureller Wandel (1973–1985)

Vom Anwerbestopp im November 1973 erhofften sich die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik aufgrund der Erfahrungen während der Rezession 1966/67 einen deutlichen Rückgang der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer(innen) (Herbert 2001: 232). Diese Erwartung trat auch ein, doch erhöhten sich die Fortzüge nur unwesentlich und kurzfristig, bei deutlich sinkenden Zuzugszahlen (Abb. 1). Bereits 1976 kehrte sich der Trend um, bis Anfang der 1980er Jahre mit der nächsten Rezession wieder ein Wendepunkt erreicht wurde (Abb. 1, 2). Die Zahl der ausländischen Einwohner(innen) nahm von 1974 bis 1978 um 6,1% ab und stieg dann bis 1981/82 um fast 16% auf über 4 Mio. an (Abb. 3).

Tab. 2: Außenwanderungsbilanz für das frühere Bundesgebiet: ausländische Erwerbs- und Nichterwerbspersonen aus den Hauptanwerbeländern und der Türkei (1974–1979)

<b>Erwerbspersonen</b>	<b>1974</b>	<b>1975</b>	<b>1976</b>	<b>1977</b>	<b>1978</b>	<b>1979</b>
Hauptanwerbeländer ohne Türkei						
Wanderungsbilanz	-129.093	-143.383	-80.415	-86.642	-14.533	2.328
Wanderungseffektivität	-39,3	-56,8	-38,9	-37,5	-8,9	1,5
Türkei						
Wanderungsbilanz	-22.314	-50.406	-29.978	-15.220	-2.206	19.436
Wanderungseffektivität	-27,8	-63,4	-50,8	-32,6	-5,0	35,9
<b>Nichterwerbspersonen</b>						
Hauptanwerbeländer ohne Türkei						
Wanderungsbilanz	7.980	-51.436	-46.811	-31.563	-23.899	-13.694
Wanderungseffektivität	3,6	-25,3	-65,0	-17,3	-14,2	-8,5
Türkei						
Wanderungsbilanz	72.239	492	5.015	16.204	45.145	86.188
Wanderungseffektivität	37,8	0,3	2,8	8,9	25,8	46,9

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten von Hunn (2005: 352)

Diese Entwicklung wurde zum einen von der Situation am Arbeitsmarkt beeinflusst. Nach dem Anwerbestopp mussten sich die Unternehmen strikt an das Inländerprimat halten, z. B. waren deutsche oder ausländische Arbeitskräfte mit Aufenthaltsrecht in Deutschland bei Stellenbesetzungen bevorzugt. Im November 1974 gab die Bundesanstalt für Arbeit sogar die Anweisung, Arbeitserlaubnisse nicht mehr zu verlängern. Die Zahl der Ablehnungen war jedoch mit 3% bezogen auf das Antragsvolumen vernachlässigbar (Hunn 2005: 349), da deutsche Arbeitssuchende die ihnen angebotenen Stellen aus finanziellen und sozialen Gründen ablehnten und sie im Vergleich zu Ausländer(inne)n

weniger mobil waren. Zum anderen änderte sich das Migrationsverhalten der ausländischen Arbeitnehmer(innen). Wären sie nach dem Anwerbestopp freiwillig in ihr jeweiliges Herkunftsland außerhalb der damaligen Europäischen Gemeinschaft zurückgekehrt – und in den 1970er Jahren zählte von den Hauptanwerbeländern nur Italien zur EG –, hätten sie ihr Aufenthaltsrecht verloren und davon ausgehen müssen, dass sie nach ihrer Remigration keine Arbeitserlaubnis mehr in der Bundesrepublik erhalten würden. Die ausländischen Arbeitnehmer(innen) stellten sich auf einen dauerhaften Verbleib ein und holten ihre Familienangehörigen nach, was das Ausländergesetz von 1965 auch zuließ. Diese Strategie bestätigt sich im steigenden Anteil von Frauen und von unter 15-Jährigen an der ausländischen Bevölkerung (Abb. 5) und in der immer länger werdenden durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik (Abb. 6). Die Struktur der ausländischen Einwohner(innen) änderte sich von der einer Migrantenzu der einer Wohnbevölkerung. Dieser Wandel, der in vielen Kommunen als Auslöser für Maßnahmen zur Integration gelten kann (Bommes 2003: 466), ist für Türk(inn)en besonders auffällig (Tab. 2), die im Gegensatz zur Bevölkerung aus den anderen Hauptanwerbeländern positive Migrationssalden bei Nichterwerbspersonen verzeichneten. Zudem sind sie die einzige nationale Gruppe, deren Zahl von 1973 bis 1980 um 60 % auf knapp 1,5 Mio. zulegte und die ihren Anteil an der ausländischen Bevölkerung von etwa 23 % auf fast ein Drittel erhöhte (Abb. 3). Im Vergleich dazu waren bei den Migrant(inn)en aus Spanien und Griechenland deutliche Rückgänge zu registrieren (Abb. 3). Diese differenzierte Entwicklung nach verschiedenen Nationalitäten wurde auch von der Situation im jeweiligen Herkunftsland beeinflusst. In Griechenland, Portugal und Spanien lösten Mitte der 1970er Jahre demokratisch gewählte Regierungen diktatorische Regime ab, in der Türkei spielte die schwierige innenpolitische und wirtschaftliche Lage eine Rolle, die 1980 in einem Militärputsch mündete. Folge davon war ein sprunghafter Anstieg von Asylbewerbern aus der Türkei (Abb. 7), auf den die Bundesregierung seit Juni 1980 mit einer Verschärfung der Asylpolitik (z. B. Einweisung in Sammelinrichtungen, verzögerte Erteilung der Arbeitserlaubnis für Asylsuchende) reagierte (Herbert 2001: 265).

Mit den bevölkerungsstrukturellen Veränderungen nach dem Anwerbestopp gewann die Integration der ausländischen Bevölkerung zunehmend an Gewicht (Herbert 2001: 234 ff.; Bommes 2003; Beiträge Gestring zu „Ambivalenzen“; Kocks; Fassmann/Kohlbacher in diesem Band):

1. Die ausländische Bevölkerung drängte zunehmend auf die städtischen Mietwohnungsmärkte. Wohnraum war seit Ende der 1960er Jahre aufgrund der sich intensivierenden Stadtrandwanderung z. B. im Zusammenhang mit dem Bau von Großwohnsiedlungen (Gans 1984) sowie der Suburbanisierung deutscher Familien vermehrt in innerstädtischen Wohngebieten der Großstädte zugänglich. Folge war eine sich verstetigende Konzentration der Migrant(inn)en aus den Hauptanwerbeländern in citynahen Quartieren mit schlechten Wohnbedingungen (fehlende Grünflächen, Mischung sich wechselseitig störender Nutzungen, häufig fehlendes Bad oder gar Toilette in der Wohnung). Diskussionen über die „Ghettoisierung“ sowie Befürchtungen der Kommunen über die Überlastung von sozialen Infrastrukturen in bestimmten Wohnvierteln (Hunn 2005: 372) führten mit Wirkung vom 1. April 1975 zur Verhängung von Zuzugssperren in 55 Städten und Landkreisen bis 1977 (Beitrag Münch in diesem Band). Die Festlegung erfolgte unspezifisch nach dem Anteil der ausländischen Einwohner(innen) von mindestens 12 % an der Gesamtbevölkerung – ein Wert, der doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt war. Qualitative Aspekte wie z. B. Sprachkenntnisse von Schüler(inne)n oder deren ethnisch heterogene Zusammensetzung wurden mit „Überlastung der Infrastruktur“ nicht thematisiert. Insgesamt

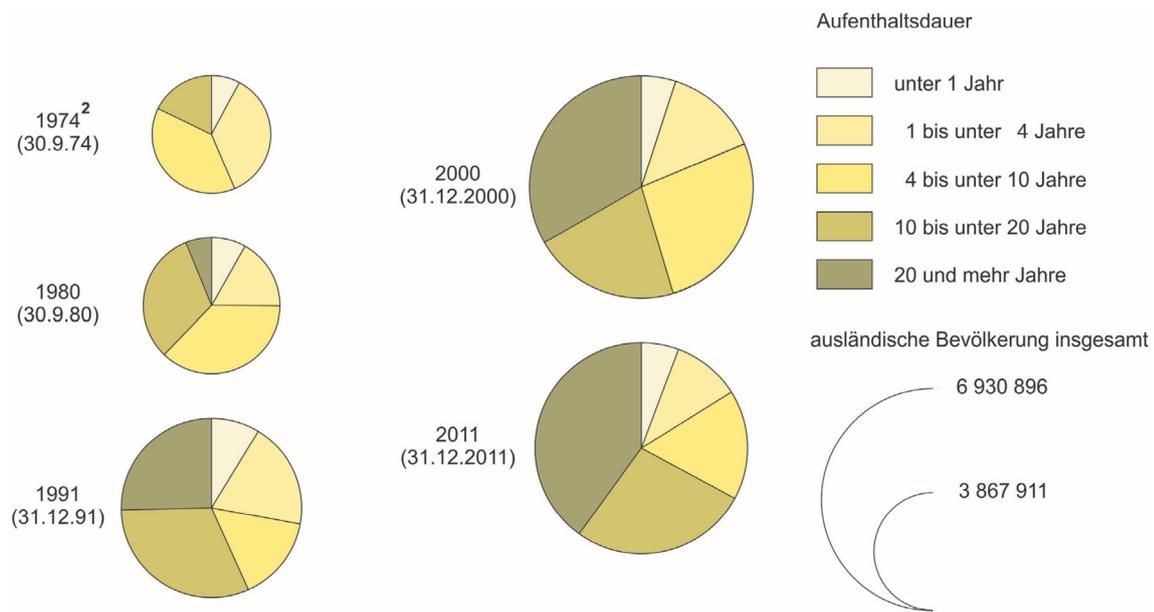
blieben die Zuzugssperren im Hinblick auf die Verhinderung einer weiteren Zunahme des Ausländeranteils wirkungslos. Gründe hierfür waren, dass der Nachzug von Familienmitgliedern nicht untersagt werden konnte, etliche Ausnahmen von dem seit 1973 gültigen Anwerbestopp den Zuzug von gering qualifizierten Arbeitskräften ermöglichten (Beitrag Münch in diesem Band), die deutschen Haushalte aus diesen Quartieren mit schlechter Wohnqualität weiterhin wegzogen und die ausländische Bevölkerung aufgrund ihrer jungen Altersstruktur Geburtenüberschüsse verzeichnete (Gans 1984: 86).

2. Nach dem Anwerbestopp blieben ausländische Personen im erwerbsfähigen Alter bei dem konsequent verfolgten Inländerprimat noch stärker als zuvor auf schlecht bezahlte produktionsnahe Arbeitsplätze mit hohem Unfallrisiko angewiesen (Herbert 2001: 237; Hunn 2005: 354 f.). Zugleich traf die strukturelle Krise der westdeutschen Ökonomie vor allem diese Arbeitsplätze. Ausländische Erwerbsfähige wurden zu einer mobilen Arbeitsmarktreserve, der Verlauf ihrer Arbeitslosigkeit spiegelte die konjunkturelle Entwicklung wider.
3. Chancen für eine soziale Verbesserung liegen bis heute in der Bildung (Beitrag Glorius in diesem Band). So hatte 1980 die überwiegende Mehrheit der 15- bis unter 24-jährigen Ausländer(innen) keinen Hauptschulabschluss (Herbert 2001: 238). Doch waren auf diese Herausforderungen weder die Schulen durch Personal oder dessen pädagogische Weiterbildung vorbereitet, noch führte die seit 1974 verfolgte ausländerpolitische Leitlinie „Eingliederung ja – Einwanderung nein“ (Herbert 2001: 238) zu einer eindeutigen Orientierung für die zweite Generation.
4. Die noch in den 1960er Jahren eher positive Einstellung der Mehrheit der deutschen gegenüber der ausländischen Bevölkerung änderte sich in den 1970er Jahren zu einer eher ablehnenden Haltung. Um 1980 sprachen sich immer mehr Deutsche bei Umfragen für die Rückkehr der ausländischen Arbeitnehmer(innen) aus (Mehrländer 1986).

Trotz dieser Stimmungslage forderte der erste Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Heinz Kühn, „[...] eine konsequente Integrationspolitik: Anerkennung der faktischen Einwanderung bei gleichzeitigem Ausschluss neuer Zuwanderung; verstärkte Bemühungen um Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen, vor allem im schulischen Bereich [...]“ (Herbert 2001: 245 f.). Kühn hob für eine erfolgreiche Integration die Bedeutung gleicher Chancen beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt der hier geborenen und aufgewachsenen jungen Menschen hervor (Beitrag Glorius in diesem Band), wollte ihre Einbürgerung erleichtern und forderte das kommunale Wahlrecht für Ausländer(innen), die schon lange in der Bundesrepublik lebten. Die Vorschläge setzten im Grundsatz Integration mit Anpassung an Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung gleich und riefen das Gegenmodell der multikulturell strukturierten Gesellschaft hervor, das auf die Bewahrung kultureller Identitäten der Minderheiten Wert legte (Herbert 2001: 246; Beiträge Gestring zu „Integration“; West zu „Kulturellem Pluralismus“ in diesem Band).

Mit der schweren wirtschaftlichen Krise 1981/82 erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 3,8 % (1980) auf 9,1 % (1983; Abb. 2), wobei die der ausländischen Erwerbspersonen etwa 60 % über dem Niveau der deutschen lag (Herbert 2001: 238). Als Reaktion unterstützte die Bundesregierung auch unter Verweis auf ihre Position, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, die Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer(innen) mit ihren Familien aus Ländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehörten. Arbeitslose deren Unternehmen insolvent gingen oder die für mindestens sechs Monate Kurzarbeit hatten, erhielten finanzielle Zuschüsse für ihre Rückkehr. Der leichte und auf 1984 be-

Abb. 6: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in Deutschland (1974–2011)<sup>1</sup>

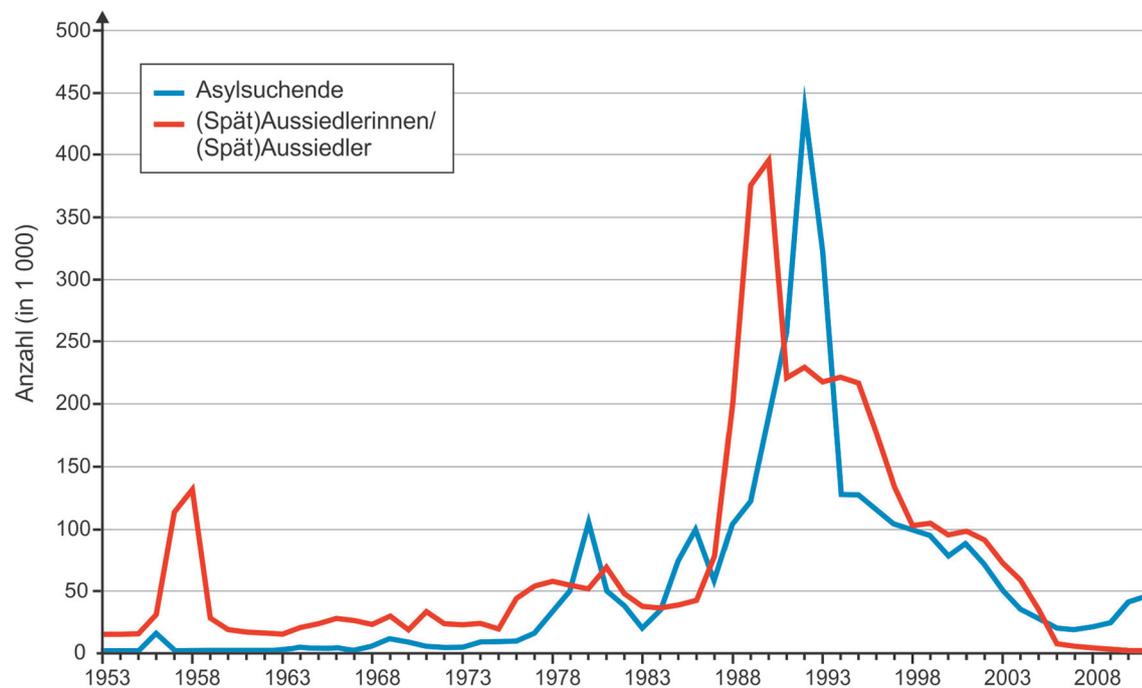


<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet

<sup>2</sup>: für 1974 liegt nur die Angabe „10 und mehr Jahre“ vor

Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Abb. 7: Asylanträge in Deutschland und Zuwanderung von (Spät)Aussiedler(inne)n (1953–2011)<sup>1</sup>



<sup>1</sup>: bis 1990 früheres Bundesgebiet

Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

grenzte Anstieg der Fortzüge von Ausländer(inne)n (Abb. 1) zeigte einen gewissen Effekt des entsprechenden Gesetzes, das am 28. November 1983 in Kraft trat und vor allem die türkische Bevölkerung betraf (Abb. 3).

## 2.4 Phase außerordentlicher Dynamik (1985–1998)

Die negative Wanderungsbilanz der ausländischen Bevölkerung Mitte der 1980er Jahre war eine Folge der Wirtschaftskrise 1981/82. Die Zahl der ausländischen Einwohner(innen) ging von 4,1 Mio. (1982) um 11% auf 3,6 Mio. (1987) zurück (Abb. 3), obwohl schon 1985 die Zuwanderungen wieder anstiegen und sich bis 1992 auf 1,5 Mio. verdreifachten (Abb. 1). Trotz anziehender Fortzüge erreichte der Saldo (1992) einen Wert von 788.000 Personen in Deutschland. Doch nahmen anschließend die Zuzüge deutlich ab, sodass bei etwa konstant bleibenden Fortzügen die Bilanz 1997/98 negativ wurde.

Drei Gruppen prägten das Außenwanderungsgeschehen der Bundesrepublik in dieser Phase (Gans 2011: 142):

### 1. Asylsuchende

Von den 1,2 Mio. Ausländer(inne)n, die 1992 nach Deutschland kamen, waren rund 36% Asylsuchende (Abb. 7). Nach 1985 hatte sich ihre Zahl kontinuierlich erhöht und ist nach Öffnen des Eisernen Vorhangs auf maximale Werte angestiegen. Die Herkunftsgebiete der Asylsuchenden änderten sich: 1986 stammten noch fast drei Viertel aus weniger entwickelten Ländern, 1993 kam hingegen fast der gleiche Prozentsatz aus ehemals sozialistischen Staaten in Europa. Für den Rückgang von 438.000 Asylsuchenden (1992) auf knapp 99.000 (1998) und in den folgenden Jahren auf knapp 20.000 (2007) waren Änderungen im Asylrecht, die Mitte 1993 in Kraft traten, entscheidend. Auf dieses Recht konnte sich seitdem nicht berufen, wer aus einem Staat der EU oder aus einem anderen, vor Verfolgung sicheren Drittstaat einreiste. Weitere Einschränkungen betrafen Personen aus sicheren Herkunftsländern.

### 2. Spätaussiedler(innen)

Bei einem weiteren Zustrom handelte es sich um Migrant(inn)en deutscher Abstammung, von denen zwischen 1950 und 2011 etwa 4,8 Mio. – fast die Hälfte zwischen 1989 und 1998 – nach Deutschland kamen (Abb. 7). Nach dem Maximum von fast 400.000 zuziehenden Aussiedler(inne)n in den Jahren 1989/90 halbierte sich die Zahl ihrer Zuwanderungen bis 1995 und sank seitdem auf einige wenige Tausend in jüngster Zeit (Abb. 7). Der Zuzug dieses Personenkreises mit deutscher Staatsangehörigkeit aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder ihren traditionellen Siedlungsräumen in Ost- und Südosteuropa hing vor 1989 von den jeweiligen Beziehungen der Bundesrepublik mit den jeweiligen Staaten oder von politischen Veränderungen in den Herkunftsländern ab. Mit dem Zusammenbruch der politischen Systeme und der ökonomischen Destabilisierung stieg der Zustrom sprunghaft an: zuerst aus Polen und Rumänien, dann – als Folge des am 1. Januar 1993 in Kraft getretenen Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes – fast nur noch aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Seitdem wurden Spätaussiedler(innen) sowie ihre Angehörigen zur Registrierung zunächst in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes untergebracht und dann nach im BVFG festgelegten Quoten („Königsteiner Schlüssel“) den Ländern zugewiesen (Swiaczny 1999: 46), um die Kosten für Eingliederungsmaßnahmen möglichst gleichmäßig zu verteilen (Kap. 3.3). Im Hinblick auf Integrationsanforderungen sind bevölkerungskulturelle Unterschiede je nach Herkunftsraum der Aussiedler(innen) von Relevanz. Im Vergleich zur gesamten Gruppe waren Personen aus Polen jünger, wanderten häufiger ohne Familienangehörige und vor allem aus

ökonomischen Motiven zu. Dagegen kamen Aussiedler(innen) aus der ehemaligen Sowjetunion und Rumänien im Familienverband nach Deutschland (Mammey 1993). Für diesen Personenkreis spielten Netzwerke für den Wohnstandort nach Verlassen der Aufnahmeeinrichtung sowie der Wunsch, Wohneigentum zu bilden, eine größere Rolle als für Migrant(inn)en aus Polen, die zudem Großstädte als Ziel bevorzugten (Mammey 1993).

### 3. Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Nach Ausbruch der kriegerischen Konflikte im Südosten Europas im Jahre 1992 fanden etwa 400.000 Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Kosovo aus humanitären Gründen Aufnahme in Deutschland. Viele von ihnen konnten bei Verwandten und Freunden in Großstädten im Süden Deutschlands vorübergehend unterkommen. Bis auf wenige Personen kehrten die Flüchtlinge bis 2000 zum Teil mit Unterstützung durch Rückkehrprogramme in ihre Heimatländer zurück (BMI 2011: 17 ff.).

In dieser Phase war ein Großteil der Zuwanderungen politisch motiviert. Kriege, Verfolgung und Vertreibung, vorübergehende Destabilisierung von Ländern aufgrund des Zusammenbruchs politischer Systeme führten zu einem enormen Anschwellen des Wanderrungsvolumens. Zugleich änderte sich die nationale Zusammensetzung der Migrant(inn)en. Hatten 1985 noch fast 80 % der in Deutschland lebenden Ausländer(innen) eine Staatsangehörigkeit aus einem der fünf Hauptanwerbeländer (Abb. 3), so lag der Prozentsatz 1998 nur noch bei zwei Dritteln, obwohl sich die Zahl dieser Staatsangehörigen in Deutschland um fast eine Million oder um 33 % auf knapp 4 Mio. erhöht hatte.

Die enormen Wanderungsgewinne seit Mitte der 1980er Jahre führten in Westdeutschland zu einer Zäsur in der Siedlungsentwicklung: Statt erwarteter „[...] Schrumpfung musste Wachstum bewältigt werden“ (Göddecke-Stellmann: 1994: 373). Selbst die Großstädte verzeichneten nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs eine Zunahme ihrer Einwohnerzahlen, die allerdings sowohl für deutsche als auch für ausländische Bürger(innen) in weniger verdichteten Kreisen noch deutlicher ausfiel. Dieser Trend zur Dekonzentration war für Deutsche stärker ausgeprägt, sodass der Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Großstädten und dort in den zentral gelegenen Quartieren überdurchschnittlich anstieg (Göddecke-Stellmann 1994: 380 ff.). Mit den damit zunehmenden Herausforderungen der Integration gingen die Kommunen in unterschiedlicher Weise um (Bommes 2003: 475 ff.). Die Struktur der Verwaltungen, insbesondere die Position des Sozialbereiches innerhalb der Administration, sowie die kommunalen Verfassungen wirkten sich seit den 1960er Jahren auf die Aufgeschlossenheit gegenüber den sozialen Folgen der Zuwanderung und damit Zuständigkeiten und Ressourcen aus (Bommes 2003: 470).

## 2.5 Fortschreitende Diversifizierung des Wanderungsgeschehens seit 1998

Seit Ende der 1990er Jahre verringerte sich die Zahl der Zuzüge bei gleichzeitig etwa konstant bleibenden Fortzügen. Diese Entwicklung führte zu deutlich sinkenden Wanderungsgewinnen, 2008 sogar zu einem Wanderungsverlust (Abb. 1). Doch ändert sich seit 2009 der Trend: Die steigende Zahl von Zuwanderinnen und Zuwanderern als Folge der positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland ging mit deutlich wachsenden Migrationsgewinnen einher (Abb.1; OECD 2013: 19 ff.). 2012 betrug der Saldo bei Ausländern +387.000, während Deutsche einen Verlust von 18.000 verzeichneten (Statistisches Bundesamt 2013). In dieser Phase setzte sich die Diversifizierung der Zuwanderung fort. 2010 stammten 60 % der Zugewanderten aus einem Land der EU, zwei Drittel davon

aus den Staaten, die seit 2004 Mitglied wurden (OECD 2013: 254). 2012 hatte zwar der Zustrom aus Südeuropa aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zahlenmäßig über 40 % im Vergleich zu 2011 zugelegt, die wichtigsten Herkunftsländer sind aber nach wie vor Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn (Statistisches Bundesamt 2013). Ette/Sauer (2010: 18) beschreiben diese Veränderungen in Anlehnung an King (2002) als eine „neue Landkarte“ der Migration, die sich nicht nur auf neue Ströme, sondern sowohl auf unterschiedliche Formen der räumlichen Mobilität (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band) als auch auf das Humankapital der Migrant(inn)en bezieht (Kemper 2006: 395 ff.).

Im Zuge der Globalisierung erhöhte sich in den 1990er Jahren in den weiter entwickelten Ländern die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, sodass diese Staaten „[...] die Strategie einer zunehmend selektiven Einwanderungspolitik [...]“ verfolgten (Heß 2009: 14; Beitrag Geiger/Hanewinkel in diesem Band). Zwar ging in Deutschland von der „Green Card“-Regelung nur ein kurzfristiger Impuls aus, doch spielte die Regelung eine „[...] zentrale Rolle als Katalysator für weitere Reformen [...]“ (Ette/Kolb 2012: 20). 2000/01 wanderten gut 10.000 IT-Fachkräfte zu, deren Zuzüge seitdem zwischen 2.000 und 4.000 pro Jahr pendeln (BMI 2012: 46). Seit 2000 stieg dagegen die Zahl der „Bildungsausländer“, die ihre Studienberechtigung im Ausland erworben haben, auf etwa 193.000. Von 2000 bis 2011 erhöhte sich die Zahl der Bildungsausländer(inn)en, die ein Studium an einer deutschen Hochschule aufnahmen, von ca. 45.000 auf fast 73.000 Personen (BMI 2012: 62 ff.).

Seit Mitte der 1990er Jahre erhöhte sich auch die Vermittlung ausländischer Saisonarbeitskräfte für maximal drei Monate in Branchen mit saisonal schwankender Arbeitskräftenachfrage wie Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie oder Hotelgewerbe. 2010 kamen mehr als 290.000 Saisonarbeitskräfte nach Deutschland, 60 % von ihnen stammten aus Polen und 30 % aus Rumänien. Nach Einführung der vollständigen Freizügigkeit zum 1. Januar 2011 unterliegen Staatsangehörige aus den zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Ländern für die Ausübung von Saisonbeschäftigung keiner Arbeitserlaubnispflicht, und die statistische Erfassung des Personenkreises aus diesen Ländern entfiel. Diese Änderung nationalen Rechts bewirkte einen merklichen Rückgang der Zuzüge von Saisonarbeitskräften auf knapp 208.000, die 2011 zu mehr als 90 % aus Rumänien einreisten (BMI 2012: 90 ff.). Glorius (2008) zeigt am Beispiel der Landwirtschaft, in der 2010 mehr als 90 % der Saisonarbeitskräfte tätig waren, die Vorteile für die verschiedenen Akteure auf. So heben Landwirtinnen und Landwirte die Zuverlässigkeit der Arbeitskräfte und deren Arbeitsqualität im Vergleich zu den von der Bundesagentur für Arbeit vermittelten Einheimischen hervor. Die Betriebe müssen ihre Löhne weniger anheben, da die Saisonarbeitskräfte Engpässe auf dem Arbeitsmarkt überbrücken, und sie können sicher sein, dass geerntet wird. Die Saisonarbeitskräfte profitieren von den relativ hohen Löhnen, die ihnen in Deutschland gezahlt werden, und eventuell auch vom Wechselkurs des Euro zur jeweiligen Landeswährung. Für die Kommunen entfallen Integrationskosten, die Verbraucher können sich auf stabile Preise verlassen.

In den vergangenen Jahren hat sich in Deutschland eine intensive Diskussion über die Emigration von Deutschen entwickelt, deren Bilanz ohne Berücksichtigung der Spätaussiedler seit 2005 negativ ist (Abb. 1). Mit diesem Trend wird die Befürchtung eines *brain drain* verknüpft. Deutschland verliere viele seiner hoch qualifizierten Fachkräfte mit negativen Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit seiner Ökonomie (Beitrag Geiger/Hanewinkel in diesem Band). Ette/Sauer (2010) können diese Ängste durch eine detaillierte vergleichende Studie relativieren:

1. Deutsche Emigrant(inn)en sind jünger, überwiegend ledig und männlich und lebten vor ihrem Wegzug – verglichen mit der nicht mobilen Bevölkerung – überwiegend in Groß- und Universitätsstädten.
2. Die Hälfte der Emigrant(inn)en sind Wissenschaftler(innen) oder bekleiden leitende Funktionen in Unternehmen. Dieser Anteil ist in Deutschland im Vergleich zu allen EU-15-Staaten unterdurchschnittlich.
3. Der Aufenthalt im Ausland ist für drei Viertel der Deutschen nur temporär. Insbesondere Wissenschaftler(innen) kehren relativ rasch wieder nach Deutschland zurück, während Führungskräfte von Unternehmen länger bleiben.
4. Die Zahl der hoch qualifizierten deutschen Emigrant(inn)en mit Ziel eines der EU-15-Länder entspricht etwa der Zahl der zuziehenden Personen mit vergleichbarer Qualifikation aus diesen Staaten.
5. Allerdings hat Deutschland deutlich an Attraktivität als Zuwanderungsland verloren. So steht bei jungen hoch qualifizierten Emigrant(inn)en aus Spanien Deutschland als Ziel in Europa an fünfter Stelle – nach Großbritannien, Belgien, Frankreich und der Schweiz (Alba Monteserin / Fernández Asperilla / Martínez Vega 2013).

Zusammenfassend verweisen Ette/Sauer (2010: 97) darauf, dass die internationale Mobilität von Hochqualifizierten bei wachsender Bedeutung temporärer Auslandsaufenthalte insgesamt angestiegen ist. Dieses Muster entspricht eher einer *brain circulation* als einem *brain drain* (Docquier/Rapoport 2012). Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt Jöns (2009), die die internationale zirkuläre Mobilität von Akademiker(inne)n im Zeitraum von 1954 bis 2000 untersucht hat. Staatliche Programme und Stipendien zur Förderung des wissenschaftlichen Austausches, z. B. Gastaufenthalte in Deutschland, beschleunigen die transnationale Mobilität von Akademiker(inne)n und ihre Zusammenarbeit, was letztendlich zu einer Akkumulation von Wissen zum Nutzen aller Beteiligten führt.

Für global agierende deutsche Unternehmen sind Führungskräfte interessant, die sowohl mit der Kultur in Deutschland als auch mit der in dem Land, wo sie sich jeweils wirtschaftlich engagieren, vertraut sind. Zum Beispiel verzeichnet Deutschland mit der Türkei seit einigen Jahren für Deutsche wie für Ausländer(innen) eine negative Wanderungsbilanz. Die Ökonomie in der Türkei ist seit Jahren außerordentlich dynamisch, und die fast 4.000 deutschen Unternehmen stellen Mitarbeiter(innen) in leitenden Positionen ein, „[...] die sich kulturell in beiden Ländern bewegen können und beide Sprachen beherrschen“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2012).

Seit 1. Januar 2009 ist das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz in Kraft, das zur Stärkung der Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte, den Zuzug und Verbleib z. B. von Wissenschaftler(inne)n, Lehrpersonen oder Personal aus der Forschung durch die Erweiterung aufenthaltsrechtlicher Regelungen fördern soll. Einen Schritt weiter geht die „Blue Card“ der EU, wozu im März 2012 ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht wurde, der im Vergleich zur „Green Card“-Regelung das Bruttogehalt als Bedingung für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis deutlich auf 44.000 Euro, bei Berufen mit besonders ausgeprägten Defiziten auf 33.000 Euro senkt (Kolodziej 2011: 10). Ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Wettbewerbs ist aber, dass Familienangehörige der Hochqualifizierten sofort uneingeschränkt arbeiten können. Diese Regelung ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg der Migrationspolitik, lebt doch nach der Studie von Heß (2009) die überwiegende Mehrheit der ausländischen Hochqualifizierten mit ihren Familien in Deutschland. Die Ausbildung der schulpflichtigen Kinder wird als „gut“ bis „sehr gut“ eingestuft, die Beschäftigungsmöglichkeiten des Partners oder der Partnerin jedoch als „schlecht“. In Deutschland werden im Vergleich zu anderen Ländern z. B. Bera-

tungs- und Vermittlungsangebote vermisst. Insgesamt haben die Reformen die Politik der Arbeitsmigration liberalisiert. Die Regeln sind differenziert und durchaus mit jenen anderer europäischer Länder vergleichbar (Ette/Kolb 2012: 21 f.; Beitrag Geiger/Hanewinkel in diesem Band).

### 3 Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration

Seit Mitte der 1980er Jahre gewannen die Wanderungen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels als quantitative wie qualitative Komponente zunehmend Einfluss auf die regionale Bevölkerungsentwicklung. Die räumlichen Auswirkungen der Migration auf Regionen und Teilräume Deutschlands anhand von Daten und Auswertungen der Regionalstatistik darzustellen, ermöglicht zwar eine bundesweit flächendeckende Beschreibung der betreffenden Inhalte, liefert allerdings bestenfalls Erklärungsansätze. Diese Vorgehensweise kann die eigentlichen Kausalbeziehungen, die zumeist auf der Individualebene angesiedelt sind (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band), durch zusätzliche Erkenntnisse anreichern, ohne ursächliche Zusammenhänge selbst vollständig darzustellen. Zudem ist die Regionalstatistik in der Regel eine Kreisstatistik, sie erlaubt also eine Unterscheidung auf der Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten, jedoch keine Aussage zur Verteilung von Migrant(inn)en innerhalb von Großstädten oder auf die Gemeinden innerhalb von Landkreisen. Dies ist angesichts der Feststellung, dass bei Themen zur Migration in besonderem Maße einzelne Stadtteile und Quartiere betrachtet werden, ein nicht zu vernachlässigender Aspekt.

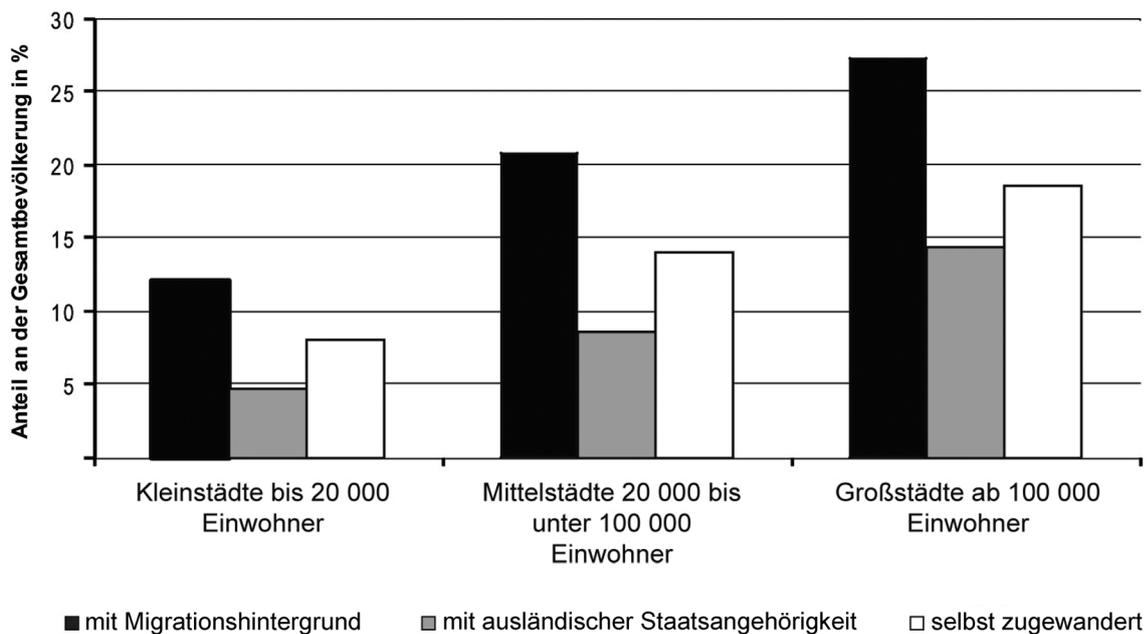
Auch wenn die Zuwanderung eigentlich einen Prozess bzw. eine Bevölkerungsbewegung darstellt, ist es für viele Fragestellungen zweckmäßig, vor allem den Bestand von Migrant(inn)en zu untersuchen, der auch frühere Zuwanderungen einschließt. Angesichts der teilweise erheblichen Schwankungen, die den zeitlichen Verlauf der internationalen Migrationen nach Deutschland prägen, erscheint diese Vorgehensweise speziell mit Blick auf die räumlichen Auswirkungen eher ein Vorteil, erschwert aber zum Teil die Identifizierung von Ursachen. So lässt sich aus den Bestandsdaten nicht direkt erkennen, ob und wann die betreffenden Personen selbst zugewandert sind oder ob es sich um Nachkommen der Zuwanderer handelt. Die Binnenwanderungen internationaler Migrant(inn)en sind in der Statistik zudem durch besondere Probleme hinsichtlich der Erfassung und letztlich der Interpretierbarkeit gekennzeichnet. Dies betrifft in erster Linie Formen staatlich gelenkter Wohnortzuweisung (Kap. 2.4), die häufig zu einer Kette von Migrationen führt, bevor der endgültige Wohnstandort, der letztlich von Interesse ist, erreicht wird (Haug/Sauer 2006; Schlömer 2012: 50 f.).

Lange Zeit hatte ein Großteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Beitrag Schmitz-Veltin in diesem Band) gleichzeitig eine ausländische Staatsangehörigkeit und war daher in der Bevölkerungsstatistik identifizierbar. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieses Bild erkennbar gewandelt. Neben den bereits in der Wanderungsstatistik als Deutsche ausgewiesenen Aussiedler(inne)n gibt es unter den Migrant(inn)en und deren Nachkommen Deutsche durch Einbürgerung bzw. durch Geburt nach dem Jus-soli-Prinzip. Dieses hat zur Folge, dass seit dem Jahr 2000 die Mehrheit der nach früherer Rechtslage mit ausländischer Staatsangehörigkeit geborenen Kinder nunmehr die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Dementsprechend ist der Anteil der unter 15-Jährigen 2011 deutlich niedriger als 2000 (Abb. 5).

Abbildung 8 zeigt nicht nur, dass die Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausmacht, sondern auch, dass es durchaus räumliche Unterschiede gibt, die eng mit der Siedlungsstruktur zusammenhängen. Insbesondere fällt auf, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund

auch in den Mittelstädten einen leicht überdurchschnittlich hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung hat. Dabei ist in den Mittelstädten der Anteil der Deutschen an den Personen mit Migrationshintergrund höher aufgrund der dezentralen Steuerung durch die Quotenregelung (Kap 2.4). Der überwiegende Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Mittel- und Großstädten hängt mit der Struktur des Wohnungsbestandes zusammen. Diese Gruppe hat aufgrund ihres finanziellen Handlungsspielraumes vor allem Zugang zu Mietwohnungen. Dieses Wohnungsmarktsegment gewinnt mit der Stadtgröße an Bedeutung, während in den Gemeinden in den ländlichen Räumen von den Eigentümern selbst genutzte Ein- und Zweifamilienhäuser überwiegen.

Abb. 8: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Gemeindegrößen (2010)

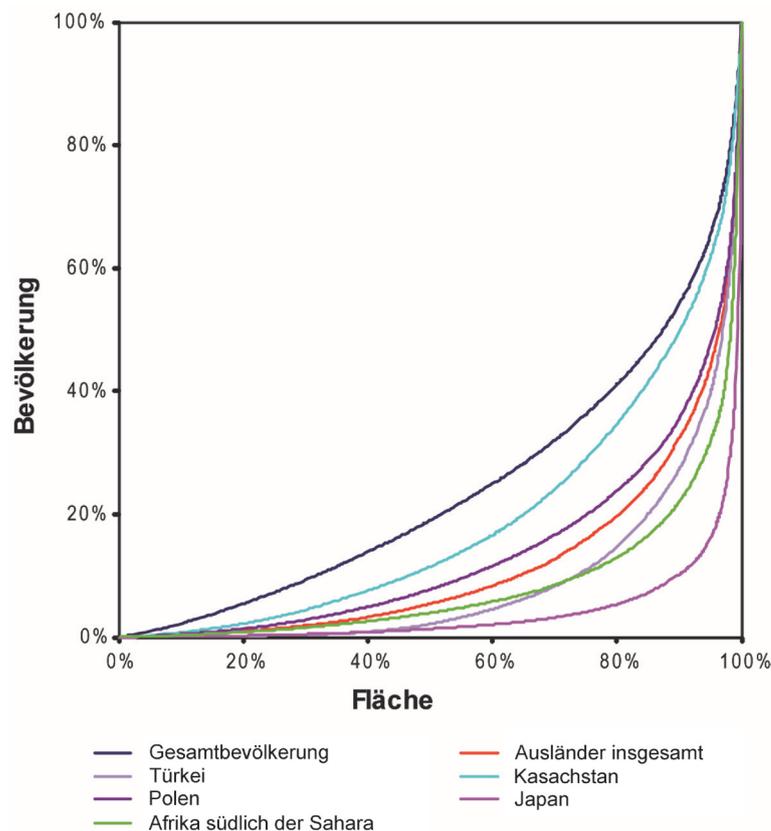


Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes (2011)

Dennoch ist die Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine wichtige, wenn nicht sogar die einzige Datenquelle, um räumlich differenzierte Aussagen zur Bedeutung der Migration für Regionen und Teilräume Deutschlands zu treffen. Solche Aussagen sind hinsichtlich der räumlichen Muster, also der relativen Positionen von Raumeinheiten bezüglich der jeweiligen Gruppe, möglich. Vernachlässigt werden allerdings räumliche Unterschiede beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit je Migrantengruppe. Angaben zur tatsächlichen Zahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund können ebenfalls nicht gemacht werden. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheiten und Einschränkungen lässt sich eine Zuordnung von betroffenen Räumen zu den Phasen der Zuwanderung nachvollziehen (Abb. 1). Weiterhin können Hinweise auf Hintergründe und weitere Besonderheiten der Migrationsbedingungen identifiziert werden.

Eine wichtige zur Verfügung stehende Datenquelle ist das Ausländerzentralregister (AZR, in diesem Beitrag mit Auswertungen für 2010 und 2011), das Daten auf Kreisebene nach verschiedenen Staatsangehörigkeiten enthält. Im AZR sind diejenigen Ausländer(innen) erfasst, die sich „nicht nur vorübergehend“ in Deutschland aufhalten. Dadurch sind im AZR in der Summe mit 6,75 Mio. etwas weniger Personen erfasst als in der Bevölkerungsstatistik (7,2 Mio.), die auf der Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes beruht. Die

Abb. 9: Lorenzkurven zur räumlichen Konzentration ausgewählter Bevölkerungsgruppen nach Staatsangehörigkeit 2011



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters

relativen Unterschiede sind insbesondere für Städte und Kreise noch größer, in denen mehr Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im AZR als in der Fortschreibung ausgewiesen werden. Der hier erkennbare dringende Bedarf nach verlässlichen Daten zur Migration wird vermutlich erst befriedigt, wenn die Ergebnisse des Zensus 2011 vorliegen.

### 3.1 Ausmaß der räumlichen Konzentration

Eine erste Annäherung an die räumliche Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen lässt sich durch Konzentrationsmaße erreichen. Hierfür kommen in erster Linie der Gini-Koeffizient und die Lorenzkurve<sup>1</sup> als graphische Darstellung infrage (Abb. 9). Der Gini-Koeffizient als Maß für die räumliche Konzentration beträgt für die Gesamtbevölkerung 0,516 (Tab. 3). Dies ist ein Resultat der allgemeinen Bevölkerungsverteilung in Deutschland mit seinem Nebeneinander von dicht besiedelten Großstädten und Agglomerationen und ländlichen Räumen mit geringer Dichte.

<sup>1</sup> Gini-Koeffizient oder Gini-Index sowie Lorenzkurve beschreiben die Abweichung einer empirischen Verteilung, z. B. die der Bevölkerung über die Kreise in Deutschland, von der zugehörigen Gleichverteilung bei Vorliegen identischer Bevölkerungsdichten in allen Kreisen. In diesem Falle entsprechen sich die Flächen- und Bevölkerungsanteile aller Kreise an der Gesamtfläche bzw. -bevölkerung Deutschlands. Die Lorenzkurve veranschaulicht auf graphische Weise das Ausmaß der räumlichen Konzentration einer Bevölkerungsgruppe, z. B. von Italienern, das umso größer ist, desto stärker die Lorenzkurve für Italiener von der Gleichverteilungsgeraden oder Diagonalen – sie verbindet in Abbildung 9 die Punkte (0%, 0%) und (100%, 100%) – abweicht. Der Gini-Koeffizient für Italiener entspricht dem Quotienten aus der Fläche zwischen der Lorenzkurve und der Diagonalen und der Dreiecksfläche (Fläche zwischen Diagonalen und den beiden Achsen).

Tab. 3: Gini-Koeffizient für verschiedene Bevölkerungsgruppen nach Staatsangehörigkeit und Kreisen (2011)

Staatsangehörigkeit	Gini-Koeffizient
Deutsche	0,4947
Gesamtbevölkerung	0,5160
Kasachstan	0,6194
Thailand	0,7096
Russland	0,7194
Polen	0,7246
Vietnam	0,7351
EU	0,7459
ausländische Bevölkerung	0,7674
Europa	0,7677
Italien	0,8208
Türkei	0,8222
Afrika südlich der Sahara	0,8319
Japan	0,9211

Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters

Auffallend sind vor allem Unterschiede der verschiedenen Gruppen der Migrationsbevölkerung untereinander und gegenüber der Gesamtbevölkerung, wie z. B. die höhere räumliche Konzentration von Ausländer(innen), deren Anteil in dichter besiedelten Räumen höher als in weniger dicht besiedelten ist. Grundsätzlich weisen alle einzelnen Nationalitäten – die drei größten sind die türkische (1,6 Mio.), italienische (0,5 Mio.) und polnische (0,4 Mio.) – und weitere Gruppen von Nationalitäten eine höhere räumliche Konzentration als die Gesamtbevölkerung auf. Die Lorenzkurve für Italiener(innen) zeigt einen fast identischen Verlauf wie die für Türk(inn)en (Abb. 9) trotz der bestehenden Abweichungen zwischen beiden Nationalitäten in der jeweiligen räumlichen Verteilung (Abb. 10). Ähnliches gilt für andere Gruppen, die vor allem im Zuge der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland kamen. Im Vergleich dazu sind polnische Einwohner(innen) disperser über die Fläche verteilt (Abb. 9).

Afrikaner(innen) aus Staaten südlich der Sahara weisen insgesamt ein ähnliches Maß der Konzentration wie türkische Staatsangehörige auf (Tab. 3). Abbildung 9 verdeutlicht aber einen etwas unterschiedlichen Verlauf der Lorenzkurve. So liegt die Kurve von Afrikaner(innen) anfangs über der Kurve von Türk(inn)en, die erst bei ca. 30% bis 40% der Fläche nennenswert ansteigt. Dies erklärt sich u. a. dadurch, dass letztgenannte Gruppe in den neuen Ländern (ohne Berlin) kaum vertreten ist. Angehörige aus Staaten südlich der Sahara sind dagegen eine relativ heterogene Gruppe, die häufig erst nach 1990 zuwanderte, sowohl in Ostdeutschland – z. T. noch infolge der Anwerbepolitik der DDR (Abb. 4) –

als auch in Westdeutschland. Sie sind zudem – dies deutet sich durch den steilen Anstieg im weiteren Verlauf der Kurve an – vornehmlich in einzelnen Großstädten angesiedelt. Besonders extreme Verteilungskurven weisen Japaner(innen) (hohe Konzentration) und Kasach(inn)en (geringe Konzentration) auf.

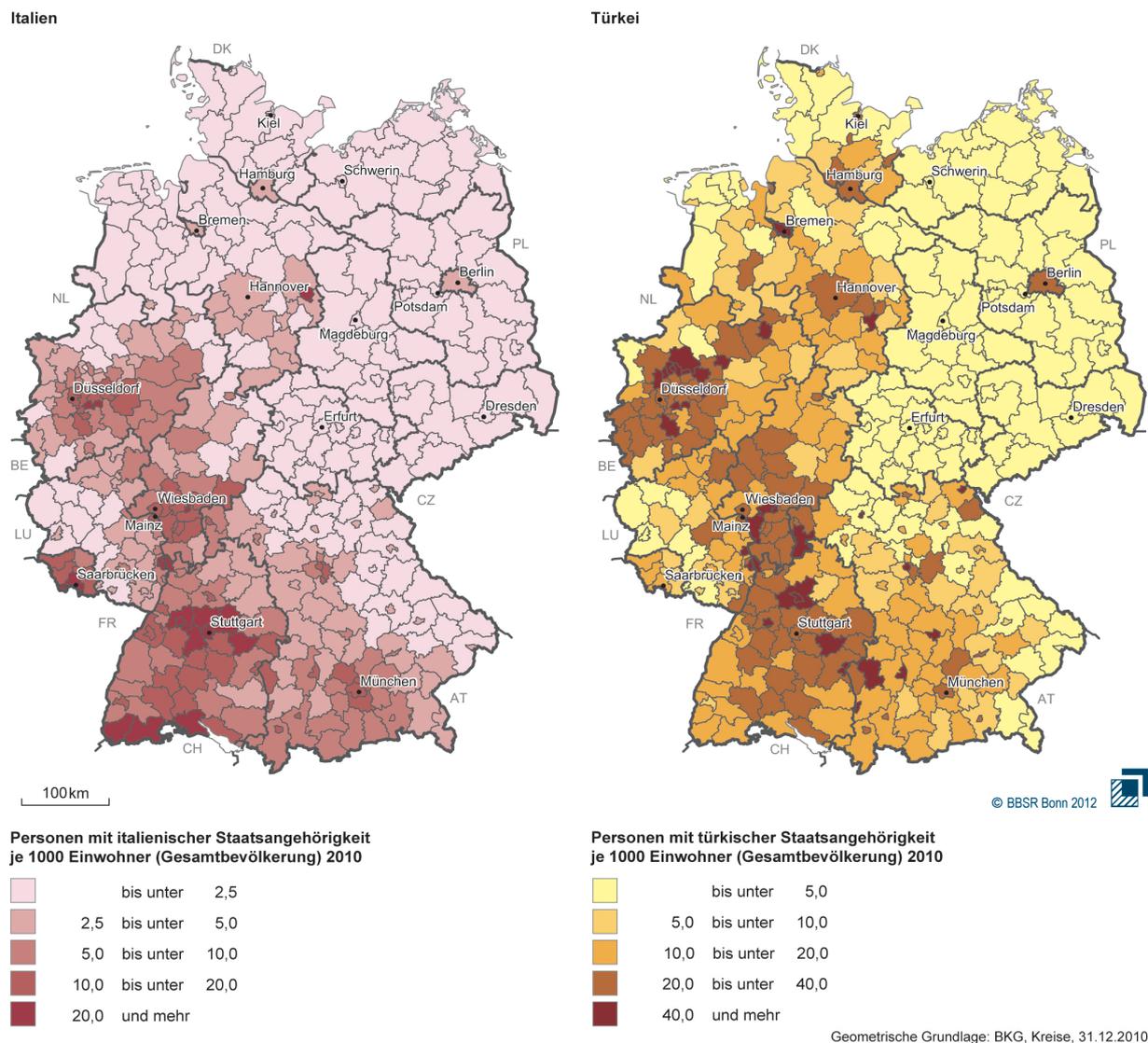
### 3.2 Erklärungsansätze zu Charakteristika von Raummustern ausgewählter Nationalitäten

Die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten ermöglicht weitergehende Erkenntnisse hinsichtlich ihrer Motive für die Zuwanderung nach Deutschland. Zum Teil ergeben sich für die einzelnen Nationalitäten sehr markante Muster. Die Abbildungen 10 bis 12 stellen in Teilen eine Aktualisierung der bei Korcz/Schlömer (2008) und Glebe/Thieme (2001) beschriebenen und kartographisch dargestellten Sachverhalte dar.

Mit Italien wird diejenige Nationalität erfasst, deren Angehörige als erste im Zuge der Gastarbeiteranwerbung nach Deutschland kamen. Die höchsten Werte weisen weite Teile Süddeutschlands und hier insbesondere Baden-Württemberg auf und sind keinesfalls auf die Großstädte beschränkt, sondern können auch für Landkreise im Kernraum und besonders deutlich im Süden von Baden-Württemberg beobachtet werden. Auch im Saarland, im südlichen Bayern, im Rhein-Main-Gebiet und in Nordrhein-Westfalen haben viele dichter besiedelte Landkreise vergleichsweise hohe Anteile. Hier ist der Zusammenhang zwischen Standorten des produzierenden Gewerbes und den ursprünglichen Arbeitsplätzen der Migrant(inn)en maßgeblich.

Die räumliche Ausweitung der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer(innen) in Form eines Diffusionsprozesses wird im Vergleich der Verteilung von italienischer mit türkischer Bevölkerung ersichtlich. Diese Unterschiede führt Giese (1978) auf die Ausbreitung der Innovation „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer(innen)“ in den Unternehmen zurück. Ausgangspunkt dieser Neuerung waren Kreise entlang der Grenze zur Schweiz. Betriebe im Nachbarland hatten bereits Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften. Diese Kenntnisse wurden durch grenzüberschreitende Firmenkontakte weitergegeben und stießen in Baden-Württemberg bei der dortigen von Industrie geprägten Wirtschaftsstruktur auf große Resonanz. Ein erstes und starkes Innovationszentrum bildete sich in der nächstgelegenen Agglomeration, dem Stuttgarter Raum, aus. Bis 1964 erfolgte in einer ersten Phase nach dem hierarchischen Prinzip die Diffusion nach Norden, und zwar über die Großstädte Mannheim/Ludwigshafen, Frankfurt am Main/Offenbach, Köln/Solingen/Remscheid, über das Ruhrgebiet bis nach Hannover/Wolfsburg. Zeitlich etwas später breitete sich die Innovation von München über Nürnberg bis Hannover aus. Hamburg und Bremen wurden erst Ende der 1960er Jahre erfasst. In einer zweiten Phase drang die Diffusion in die zu diesen Zentren benachbart gelegenen Arbeitsamtsbezirke vor. Mit dieser Expansion der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte von Süd nach Nord änderte sich zugleich die nationale Zusammensetzung der Zuwanderinnen und Zuwanderer (Abb. 3), sodass auch aufgrund der Wirksamkeit von Migrantennetzwerken infolge des Zweiten und Dritten Weges bei der Anwerbung im Südwesten der Bundesrepublik z. B. Italiener(innen) bis heute hohe Anteile erreichen (Abb. 10; Kap. 2.2), während in den Städten des Ruhrgebiets, in Bremen oder Hamburg Türk(inn)en in überdurchschnittlichem Maße vertreten sind (Abb. 10).

Abb. 10: Räumliche Verteilung von Italiener(inne)n und Türk(inn)en in Deutschland

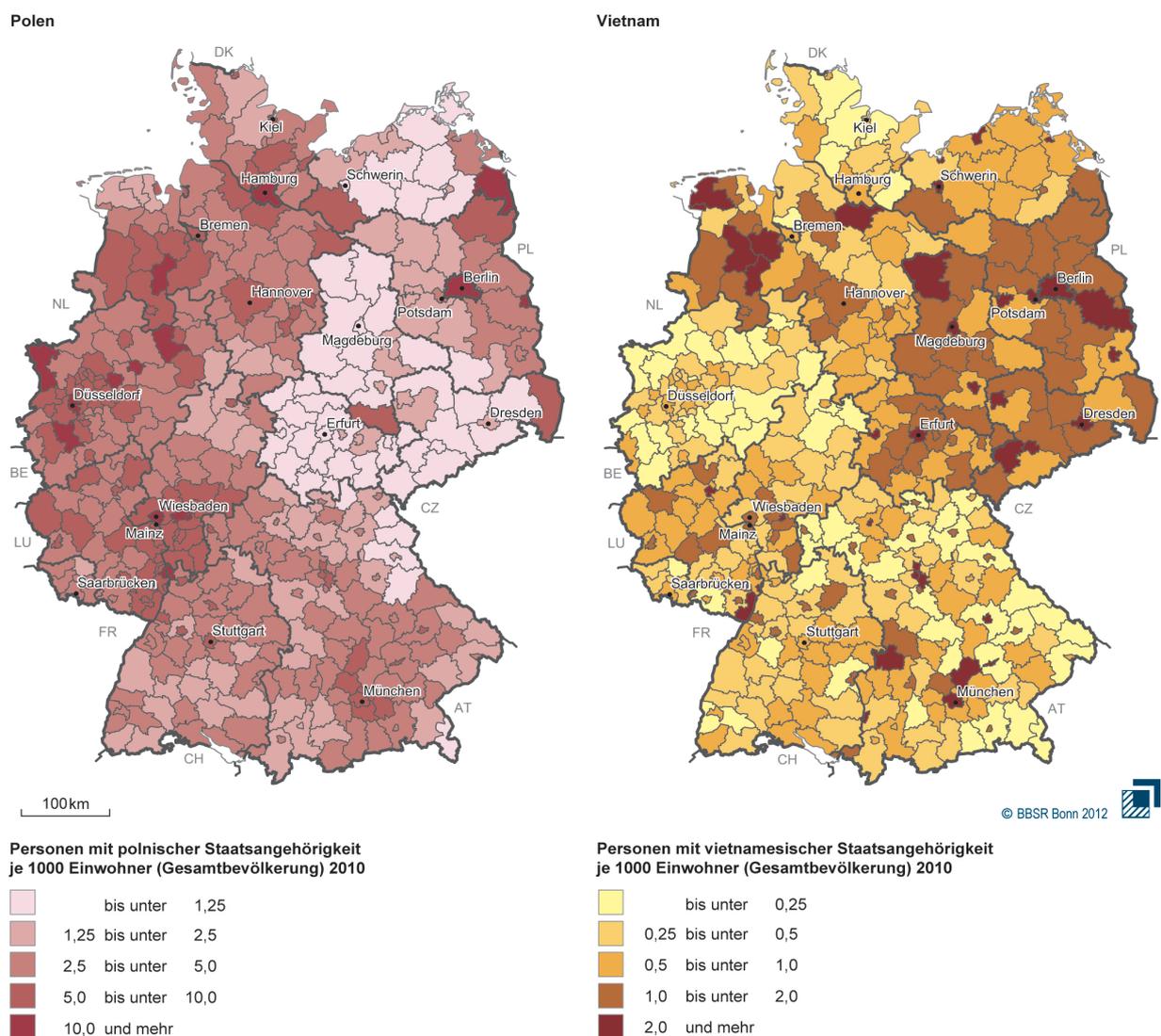


Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters sowie der Laufenden Raumbearbeitung des BBSR

In Abbildung 10 sind auch Fälle von „Spezialisierungen“ zu erkennen. So ist in Wolfsburg etwa die Hälfte der ausländischen Bevölkerung italienischer Abstammung, aber nur knapp fünf Prozent türkischer, während im benachbarten Salzgitter ca. 60% der Ausländer(innen) die türkische und gut vier Prozent die italienische Staatsangehörigkeit aufweisen. Insgesamt ist der Ausländeranteil der beiden Industriestädte mit etwa 10% fast gleich. Eine Ursache für diese Unterschiede liegt zum einen in der Dominanz der Automobilindustrie in Wolfsburg, die deutlich früher als die Stahlindustrie in Salzgitter auf die Anwerbung von „Gastarbeitern“ zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs angewiesen war (Kap 2.2). Zum andern dokumentieren die hohe Persistenz der räumlichen Konzentration und die Wohnortgebundenheit der Migrant(inn)en – Jahrzehnte nach den ursprünglichen, an die Bedürfnisse der damaligen regionalen Arbeitsmärkte gebundenen Zuwanderungen – die Bedeutung sozialer Netze für die Entscheidung über das Wanderungsziel (Beitrag Gans/Glorius in diesem Band).

Die „Gastarbeiter“ und ihre Nachkommen sind sowohl in ländlichen, peripher gelegenen Regionen Westdeutschlands (z. B. Kreise an der Bayerischen Ostgrenze, Teilräume Schleswig-Holsteins und Niedersachsens) als auch in Ostdeutschland kaum vertreten. Im früheren Bundesgebiet hatten bis zum Anwerbestopp 1973 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in weiten Teilen der ländlich geprägten Räume – sieht man von Baden Württemberg ab – keine große Bedeutung für die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften. Nach der Wiedervereinigung gewann der ländliche Raum zwar vermehrt Zuwanderung aufgrund der Quotenregelung (Kap. 2.4), vor allem jene Gebiete mit guten Beschäftigungschancen wie z. B. in der Intensivlandwirtschaft. In Ostdeutschland aber fand nach 1990 in den ländlichen Räumen ein erheblicher Arbeitsplatzabbau statt.

Abb. 11: Räumliche Verteilung von Pol(inn)en und Vietnames(inn)en in Deutschland (2010)



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters sowie der Laufenden Raumbearbeitung des BBSR

Die räumliche Verteilung der polnischen Bevölkerung bietet ein besonders einprägsames Bild, das sich im Grundsatz mit der Überlagerung zweier Zuwanderungsphasen erklären lässt. Ende der 1970er Jahre stieg die Zahl der Aussiedler(innen) aus Polen aufgrund innenpolitischer Auseinandersetzungen deutlich an (Mammey/Swiaczny 2001: 132; Abb. 7). Ziel dieser Gruppe war Westdeutschland und hier ländlich wie städtisch geprägte Kreise. Demgegenüber waren die Gebiete in Ostdeutschland mit relativ hohen Anteilen polnischer Bevölkerung Ziel einer zweiten Zuwanderung neueren Datums, wie die z. T. hohen Werte entlang der Grenze zu Polen sowie in Berlin zum Ausdruck bringen.

Die vietnamesische Bevölkerung stellt eine der wenigen Nationalitäten dar, die in Ostdeutschland im Vergleich zum früheren Bundesgebiet relativ häufig anzutreffen ist. Von den rund 84.000 im AZR erfassten Vietnames(inn)en leben rund 37.000 in den neuen Ländern, davon über 15.000 in Berlin. In einer explorativen Studie ermittelte Thai (2010) in der vietnamesischen Bevölkerung zwei Gruppen mit sehr unterschiedlichen Einstellungen zu Herkunfts- und Zielland:

- Migrant(inn)en, die in den 1970er Jahren aus politischen Gründen Vietnam verlassen hatten, wendeten sich von ihrem Heimatland ab. Sie integrierten sich in Westdeutschland und interessierten sich erst wieder für Vietnam nach der dortigen politischen Öffnung. Vietnames(inn)en, die hier geboren sind, haben eine offenere Einstellung als die ehemals Asyl suchenden Flüchtlinge und nehmen Kontakte zu zurückgebliebenen Verwandten wahr.
- Studierende und Vertragsarbeitskräfte kamen seit den 1980er Jahren in die DDR. Sie handelten aus ökonomischen Beweggründen und betrachteten ihren Aufenthalt nicht als permanent. Sie behalten ihre Kontakte zu Vietnam bis heute im Sinne transnationaler Lebensformen bei.

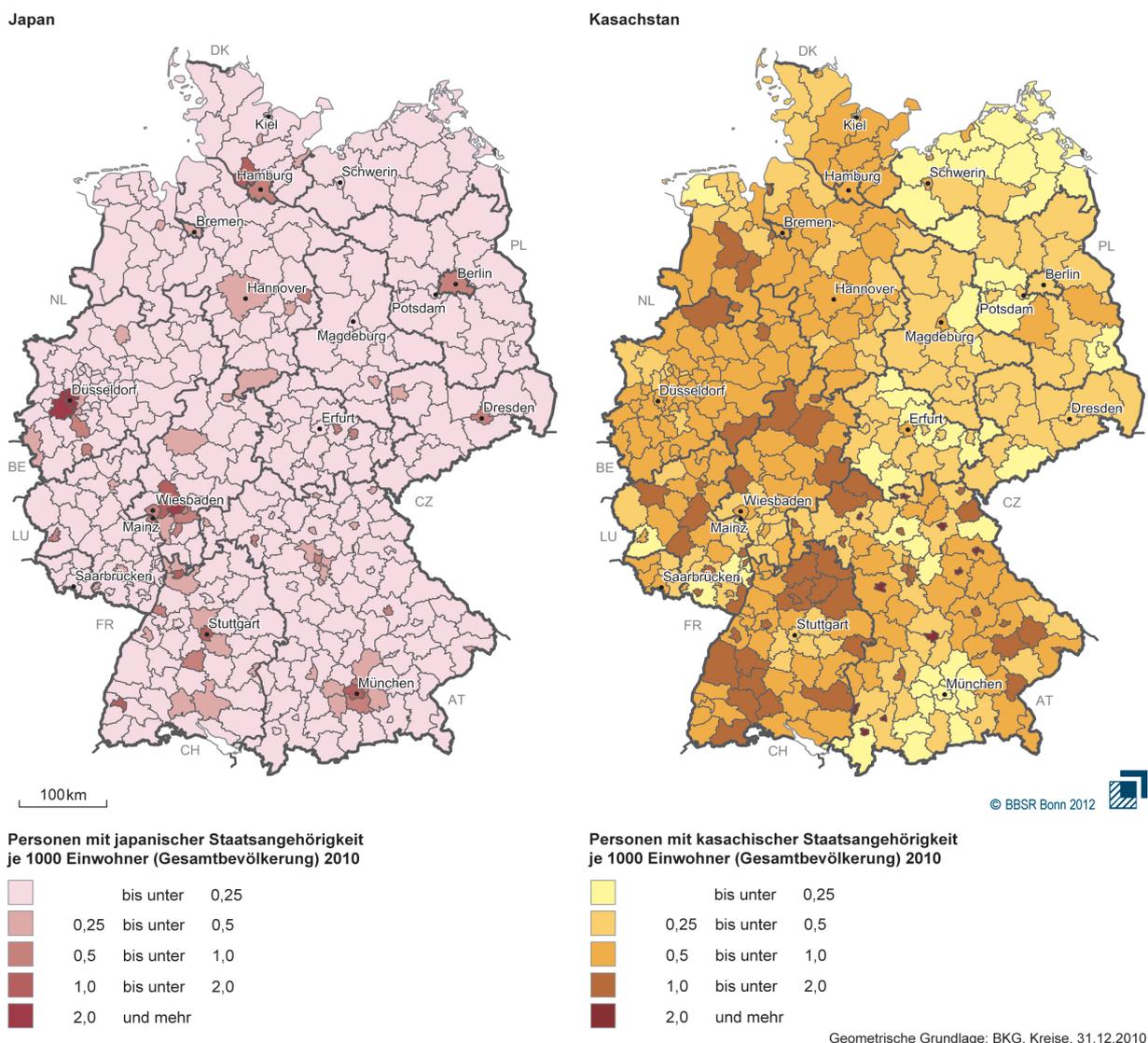
Diese beiden Kerngruppen der vietnamesischen Bevölkerung, die sich besonders auch in ihren politischen Überzeugungen unterscheiden, zerfallen vor allem in Westdeutschland in mehrere soziale Netze, deren Existenz Thai (2010: 44) mit der heute dispersen Verteilung vietnamesischer Asylsuchender in den 1970er Jahren begründet. Die damalige Bundesregierung wollte eine räumliche Konzentration vermeiden, um den Integrationsprozess in die deutsche Gesellschaft zu beschleunigen. In der DDR konzentrierte sich die vietnamesische Bevölkerung in Berlin-Ost und es entwickelte sich eine dynamische vietnamesische Gemeinde.

In Westdeutschland fallen teilweise flächendeckende Niveauunterschiede zwischen den Ländern auf, vor allem die niedrigen Werte in Nordrhein-Westfalen und hohe Anteile in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Hessen. Solche Verteilungen ergeben sich in der Regel aus der Zuweisung von Asylsuchenden und Flüchtlingen aufgrund länderspezifischer Quoten. Im Vergleich dazu ist in Ostdeutschland in fast allen Kreisen der Anteil der Personen mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit mit mindestens 1% relativ hoch und wird vor allem in den kreisfreien Städten übertroffen.

Besonders eindrucksvoll ist die räumliche Konzentration der 31.000 Japaner(innen) (Tab. 3) mit zwei erkennbaren Mustern (Abb. 12): zum einen hohe Anteile in Universitätsstädten wie Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Bonn, Göttingen, Aachen oder Karlsruhe, zum andern in den Dienstleistungszentren Düsseldorf, Frankfurt am Main oder Hamburg. Vor allem Düsseldorf mit der drittgrößten japanischen Gemeinde Europas entwickelte sich seit den späten 1960er Jahren als Zentrum japanischer Unternehmen, die von hier aus ihre wirtschaftlichen Interessen und Aktivitäten steuerten (Glebe 1986: 464). Bis heute zeichnet sich die japanische Bevölkerung in den Dienstleistungszentren überwiegend durch ein hohes Bildungsniveau, Managerpositionen und dementsprechend hohe Ein-

kommen aus. Die Mehrheit von ihnen hält sich im Auftrag ihrer Unternehmen mit ihren Familien befristet in Deutschland auf und wohnt in Quartieren in bevorzugter Lage sowie mit hohem Image. Belege hierzu sind in Abbildung 12 die hohen Anteile im Rhein-Kreis Neuss westlich von Düsseldorf, im Main-Taunus-Kreis bei Frankfurt am Main und im Kreis Pinneberg bei Hamburg.

Abb. 12: Räumliche Verteilung von Japaner(inne)n und Kasach(inn)en in Deutschland



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters sowie der Laufenden Raumbearbeitung des BBSR

Personen aus Kasachstan weisen im Vergleich zur übrigen ausländischen Bevölkerung eine bemerkenswert geringe räumliche Konzentration auf (Abb. 12). Die Aussiedler selbst erscheinen zwar in den Statistiken als Deutsche. Ihre Angehörigen, insbesondere Ehepartner(innen), haben aber die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes behalten. Da eine andere Form von Zuwanderung aus Kasachstan nach Deutschland kaum stattfand, stellt die Verteilung der Kasachen einen Indikator für die räumliche Verteilung der selbst nicht unmittelbar erfassbaren Aussiedler(innen) dar. Die relativ gleichmäßige Verteilung

erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wohnortzuweisungsgesetz auf der einen und der Realisierung individueller Wohnwünsche auf der anderen Seite (Kap. 2.4). Dabei ist nicht auszuschließen, dass bereits der Wechsel von der Erstaufnahmeeinrichtung in das Übergangswohnheim auf die Äußerung einer Präferenz zurückgeht. Denn mehrere Studien heben die kleinräumige Mobilität der Aussiedlerhaushalte nach Verlassen der Wohnheime hervor und verweisen darüber hinaus auf den häufig genannten Wunsch, „[...] in einer Umgebung mit Netzwerken des gleichen ethnischen Hintergrunds leben zu wollen“ (Haug/Sauer 2006: 432). Je nach Herkunftsraum bevorzugen Aussiedlerhaushalte ländliche oder städtisch geprägte Ziele. In weniger dicht besiedelten Gebieten kann es durchaus zur Überlastung von Infrastrukturen kommen (Wenzel 2004). In Städten wird die Verteilung in hohem Maße von der kommunalen Wohnungsvermittlung sowie von der Lage der Sozialwohnungen beeinflusst. Ob räumliche Konzentrationen innerhalb der Städte auftreten, hängt nicht zuletzt von den Strategien kommunaler Wohnungsbaugesellschaften ab, sozial benachteiligte Haushalte in ihrem Bestand zu verteilen.

Am Beispiel Bayerns lässt sich exemplarisch der Einfluss von Verwaltungsgrenzen auf das Ausmaß räumlicher Konzentration beleuchten. Innerhalb des Freistaates wurden Aussiedler(innen) überproportional auf die ländlich-peripheren und zum Teil strukturschwachen Regierungsbezirke (z. B. Oberfranken, Oberpfalz) verteilt (Haug/Sauer 2006: 430). Innerhalb dieser Räume weisen jedoch die Städte die höchsten Werte auf. Allerdings sind solche kleinräumigen Gegensätze in vielen ländlichen Räumen in anderen Bundesländern nicht direkt erkennbar, weil dort Städte mit vergleichbarer Größe nicht als eigene Gebietseinheit erscheinen, sondern als kreisangehörige Städte im Gesamtwert des jeweiligen Landkreises enthalten sind.

Insgesamt zeigen alle hier dargestellten Nationalitäten besondere Muster ihrer räumlichen Verteilung. Diese Muster haben hier vor allem exemplarischen Charakter und sollen die Systematik in der Vielfalt verdeutlichen. Auch Darstellungen für die hier nicht näher untersuchten Nationalitäten zeigen in vielen Fällen gut erklärbare Besonderheiten, deren Muster auf historische und weniger auf aktuelle Rahmenbedingungen der Migration zurückgehen.

Die Verteilungsmuster der jeweils knapp 100.000 Briten und US-Amerikaner im AZR passen sehr gut zu den jeweiligen Schwerpunkten der militärischen Standorte mit den Briten in Norddeutschland und den US-Amerikanern im Raum Rhein-Main, Rhein-Neckar oder Kaiserslautern (Korczy/Schlömer 2008: 165). Obwohl die Stationierungstreitkräfte selbst in den Statistiken nicht enthalten sind, hat deren Anwesenheit, etwa durch persönliche Kontakte und Eheschließungen mit Einheimischen usw., ein eigenes räumliches Muster hinterlassen.

Studierende aus dem Ausland weisen überproportionale Anteile an Technischen Hochschulen (z. B. Aachen, Darmstadt, Kaiserslautern) auf. Unter ihnen ist wiederum die Bedeutung von Studierenden aus außereuropäischen Ländern (Afrika, Asien) besonders hoch (Beitrag Fina/Schmitz-Veltin/Siedentop in diesem Band). Den höchsten Anteil ausländischer Studierender, bei allerdings gleichzeitig geringer absoluter Größe, haben Kunst- und Musikhochschulen, wobei vor allem Ostasien (China, Japan, Korea) als Herkunftsraum hervorsticht.

Eine besonders hohe Konzentration auf einzelne Städte weisen einige Nationalitäten aus außereuropäischen Ländern auf. So leben 21,7 % aller Afghan(inn)en (über 12.000 von knapp 57.000) in Hamburg. Ebenfalls in Hamburg findet sich knapp ein Viertel aller Ghanaer(innen), der größten Nationalität aus Schwarzafrika.

Eine weitere Besonderheit, die vor allem lokal durchaus beachtliche Ausmaße hat, bildet die Zuwanderung aus Nachbarländern in grenznahe Regionen. Neben dem Beispiel Polen (Abb. 11) ist dies vor allem an den Westgrenzen zu den Benelux-Staaten von Bedeutung (Korcz/Schlömer 2008: 163; Schlömer 2012: 51 f.). So haben gemäß AZR 7,3% der Einwohner des Grenzkreises Grafschaft Bentheim die niederländische Staatsangehörigkeit, im Kreis Kleve 5,1%. Auch an der Grenze zur Schweiz und Österreich lassen sich ähnliche Effekte erkennen. Diese Beispiele zeigen die zunehmende Durchlässigkeit der innereuropäischen Grenzen. Sie gilt in den meisten Fällen in beiden Richtungen, es gibt also häufig auch Deutsche, die ihren Wohnsitz ins benachbarte, grenznahe Ausland verlagert haben.

### 3.3 Erklärungsansätze: eine Synthese

Die Befunde zur räumlichen Verteilung verschiedener Migrantengruppen oder Nationalitäten geben, wie die bisherigen Ausführungen zeigen, Hinweise auf verschiedene Erklärungsansätze. Diese sind aber mit den vorliegenden Daten nur eingeschränkt im Detail zu belegen. Gründe hierfür sind in der Vielfalt der Wanderungen bezüglich der Herkunft der Migrant(inn)en sowie in der Vielfalt der Wanderungsmotive zu suchen. Die starken Schwankungen der Migrationen im zeitlichen Verlauf werden bei einer regional differenzierten Betrachtung nochmals volatiler und die dadurch hervorgerufene Komplexität erschwert die Verknüpfung mit Daten zur möglichen Eingrenzung von Wanderungsgründen.

Dies gilt vor allem für Zusammenhänge mit ökonomischen Größen. Gerade in den jüngeren Daten lassen sich ökonomische Erklärungsansätze, so gut sie auch theoretisch fundiert sein mögen, nur begrenzt nachvollziehen. Zwar erfolgte die Anwerbung der „Gastarbeiter“ explizit zur Deckung eines Arbeitskräftebedarfs und führte somit dazu, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer vor allem in Regionen mit einem hohen Anteil an Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe ansässig wurden. Doch ist dieser Zusammenhang heute aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels seit Mitte der 1970er Jahre bestenfalls schwach ausgeprägt.

Wenn zudem das ökonomische Gefälle zwischen Deutschland und dem Ausland deutlich größer ist als die Unterschiede innerhalb Deutschlands, sind eindeutige Zusammenhänge zwischen internationaler Zuwanderung und deren regionaler Verteilung, auch wenn die Zuwanderung ökonomischen Gründen folgt, nur bedingt zu erwarten. Dazu kommt die Schwierigkeit, dass sich internationale Migrationen bei einer feinen regionalen Betrachtung mit den Binnenwanderungen, also den Wohnungswechseln zwischen den Regionen innerhalb Deutschlands, überlagern und dass das Volumen der Binnenwanderungen das der internationalen Wanderungen sogar deutlich übertrifft.

Generell folgen die großräumigen Binnenwanderungen einem ökonomischen Gefälle, wie es sich beispielsweise mit Indikatoren zum Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote) abbilden lässt (Schlömer/Bucher 2001; Schlömer 2009: 123 ff.). Für die Zuwanderung aus dem Ausland sind solche Zusammenhänge, zusätzlich zu den besonderen Schwierigkeiten der Datenerfassung, weitaus weniger zu erkennen. Gerade die ökonomisch besonders starken Regionen wie Oberbayern verdanken ihr Wachstum an Bevölkerung bzw. Erwerbstätigen überwiegend den Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands und weniger der Migration aus dem Ausland. Umgekehrt haben auch Regionen mit Binnenwanderungsverlusten, wie das Ruhrgebiet, im selben Zeitraum Außenwanderungsgewinne erzielen können (Gatzweiler/Schlömer 2008: 247).

Je stärker die Arbeitsmärkte als direkte Erklärung für die räumliche Verteilung in den Hintergrund treten, umso mehr werden andere Ursachen deutlich. Dazu gehört in erster

Linie eine Zuwanderung in bestehende soziale Netze. Dies kann in Form von Familien-nachzug oder Kettenmigration erfolgen (Haug 2000, 2003) und führt zur Persistenz der räumlichen Muster, die auch fast 40 Jahre nach dem Anwerbestopp Besonderheiten der damaligen, nicht aber zwingend solche der heutigen Arbeitsmärkte und Wirtschaftsstrukturen widerspiegeln.

Abbildung 13 zeigt den Anteil der Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit in der Bevölkerungsstatistik 1983 und im AZR 2010 an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen Westdeutschlands. Auch wenn die Definitionen der beiden Personengruppen 1983 und 2010 etwas unterschiedlich sind, ist doch erkennbar, dass das grundsätzliche Muster ähnlich geblieben ist. Die Gesamtzahl der Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit hat sich nur wenig verändert (1983: 1,45 Mio.; 2010 im AZR: 1,63 Mio.). Eine Umverteilung hin zu größeren Anteilen in Regionen, die 1983 niedrige Anteile aufweisen, hat dabei nur in relativ geringem Maße stattgefunden. Insbesondere sind auch keine wesentlichen Verschiebungen hin zu den ökonomisch besser gestellten süddeutschen Agglomerationen erkennbar, die bei den Binnenwanderungen im genannten Zeitraum fast durchweg zu den Gewinnern gehörten.

Abb. 13: Anteil von Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit in der Bevölkerungsstatistik 1983 und im AZR 2010 an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen Westdeutschlands



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Ausländerzentralregisters sowie der Laufenden Raumbearbeitung des BBSR

Neben der Zuwanderung in soziale Netze, die tendenziell zu einer Selbstverstärkung räumlicher Konzentration von einzelnen Zuwanderergruppen führt, spielt auch die staatlich gelenkte Wohnortzuweisung eine nicht zu unterschätzende Rolle (Kap. 2.4). Auch wenn in dem „Königsteiner Schlüssel“, der sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkom-

men und nur zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammensetzt, der Anteil der ökonomisch stärkeren Länder gemessen an deren Bevölkerungszahl überproportional groß ist, unterscheiden sich die darauf zurückzuführenden räumlichen Verteilungsmuster erheblich von den sonstigen Wohnstandorten der Migrant(inn)en. Hierbei spielt vor allem die Verteilung innerhalb der Länder auf Kreise und Kommunen eine wichtige Rolle. Eine auf staatlich gelenkte Wohnortzuweisung basierende räumliche Verteilung findet sich außer für die Aussiedler(innen) in ähnlicher Form auch für verschiedene andere Zuwanderinnen und Zuwanderer, insbesondere für Flüchtlinge mit unterschiedlichem rechtlichen Status.

Schließlich sind in grenznahen Kreisen zum Teil völlig andere Wanderungsmotive wirksam. So sind die meisten kleinräumigen Wanderungen über die Staatsgrenzen, wie auch die kleinräumigen Binnenwanderungen, überwiegend wohnungsmarktbedingt. Dies hat zur Folge, dass sie vor allem dort eine größere Rolle spielen, wo grenzüberschreitende Stadtregionen mit ihren hoch differenzierten Siedlungsstrukturen und lokalen, aber relativ großen Gegensätzen hinsichtlich der Wohnungsmärkte zu finden sind und wo die Aktionsräume (vor allem Pendlerbeziehungen) immer weniger durch die Grenzen behindert werden.

#### 4 Zusammenfassung

Als zentrale Ergebnisse zu den Phasen internationaler Migration und ihren Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:

1. Die teilweise erheblichen Schwankungen der Zuwanderung im Zeitverlauf offenbaren eine Abhängigkeit von politischen und ökonomischen Entwicklungen, die ihre Ursache manchmal in Deutschland, nicht selten aber auch im Ausland haben.
2. Im Verlauf der Jahrzehnte ist die Vielfalt in der Zusammensetzung der Migrantenströme deutlich größer geworden. Dabei spielen insbesondere wachsende Anteile von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus Ländern außerhalb von Europa eine entscheidende Rolle. Aber auch innerhalb Europas haben sich die Gewichte verschoben.
3. Die meisten Gruppen der Migrant(inn)en – sofern man sie als solche in der amtlichen Statistik identifizieren kann – weisen eine charakteristische, eigenständige räumliche Verteilung auf, die sich von der Verteilung der Gesamtbevölkerung, aber auch von der Verteilung anderer Nationalitäten unterscheidet.
4. Die Wohnstandorte der Migrant(inn)en sind fast durchweg durch eine räumliche Persistenz gekennzeichnet, zumindest im großräumigen Kontext (Städte und Regionen), wie es mit den hier untersuchten Daten abgebildet werden kann. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die ursprünglichen rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, wie sie zur Zeit der eigentlichen Zuwanderung wirksam waren, sich häufig längst geändert haben. Dagegen haben soziale Netze eine entscheidende Funktion für die räumliche Verteilung der Zuwanderinnen und Zuwanderer.
5. Unter methodischen Gesichtspunkten führt die unbefriedigende Erfassung der internationalen Migration dazu, dass viele Fragen von der Forschung bisher nicht beantwortet werden konnten. Es gibt daher einen erheblichen Nachholbedarf, bei dessen Bewältigung der Zensus 2011 eine hilfreiche Rolle spielen kann.

Für die politische und planerische Auseinandersetzung mit der internationalen Migration gibt es kein Patentrezept. Die Zuwanderung aus dem Ausland ist in gewisser Weise ein unberechenbares Element in der Raum- und Stadtentwicklungspolitik. Individuelle, historisch begründete und nicht selten überraschende Entwicklungen erschweren eine

Vorgabe von präzisen und übertragbaren Handlungsempfehlungen, wie man sie möglicherweise z. B. bei stadtpolitischen Themenfeldern durch Modellvorhaben gewinnen kann (Beitrag Kocks in diesem Band). Stattdessen sind eine gewisse Flexibilität und ein Verständnis für die jeweilige Situation vor Ort und für deren Zustandekommen nötig. Markantestes Beispiel hierfür ist die Gruppe der „Gastarbeiter“: Ursprünglich als befristete Schwankungsreserve für den Arbeitsmarkt vorgesehen, haben sie und ihre Nachkommen sich zu zahlenmäßig großen und vor allem „etablierten“ Bevölkerungsgruppen entwickelt, sind zu Einwanderinnen und Einwanderern geworden.

Auch die mittlerweile von der Bundespolitik verfolgte Demographiestrategie, in der sich insbesondere der Punkt „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“ (Beitrag Geiger/Hanewinkel in diesem Band) findet, ist mit Blick auf die empirischen Befunde zur bisherigen Zuwanderung kein Selbstläufer. Häufig haben auch politisch intendierte Zuzüge aus dem Ausland Folgen für die Raum- und Siedlungsentwicklung mit sich gebracht, die ursprünglich gar nicht bedacht werden konnten. Diese Erkenntnis zieht sich als roter Faden beinahe durch die gesamte deutsche Migrationsgeschichte.

## Literatur

- Alba Monteserin, S.; Fernández Asperilla, A.; Martínez Vega, U. (2013): Crisis económico y nuevo panorama migratorio en España. = Colección Estudios 65, Centro de la Documentación de las Migraciones de la Fundación 1º de Mayo. Madrid.
- Bade, K. J.; Oltmer, J. (2003): Zwischen Aus- und Einwanderungsland: Deutschland und die Migration seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28 (2/4), 263-306.
- Bade, K. J.; Oltmer, J. (2004): Normalfall Migration. Bonn.
- Bade, K. J.; Oltmer, J. (2007): Mitteleuropa. Deutschland. In: Bade, K. J.; Emmer, P. L.; Lucassen, L.; Oltmer, J. (Hrsg.): Enzyklopädie – Migration in Europa. Paderborn, 141-170.
- Bauer, T. K.; Braun, S.; Kvasnicka, M. (2011): The economic integration of forced migrants. Evidence for Post-War-Germany. Essen. = Ruhr Economic papers 267.
- Benz, W. (1992): Fremde in der Heimat: Flucht – Vertreibung – Integration. In: Bade, K. J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, 2. Aufl., 374-386.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2012): Von der Türkei nach Deutschland – und umgekehrt. In: DEMOS Newsletter 03.01.2012.  
[http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe\\_02.01.2011.html.html# Artikel0 \(04.08.13\)](http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe_02.01.2011.html.html# Artikel0 (04.08.13)).
- BMI – Bundesministerium des Innern (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern (Hrsg.)(2012): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2011. Berlin.
- Bommes, M. (2003): Die politische Verwaltung von Migration in Gemeinden. In: Oltmer, J. (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Göttingen, 459-480. = IMIS-Schriften 12.
- Docquier, F.; Rapoport, H. (2012): Globalization, brain drain, and development. In: Journal of Economic Literature 50 (3), 681-730.
- Ette, A.; Kolb, H. (2012): Ende oder Anfang der Reformdekade? Die Umsetzung der europäischen Blue Card in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2012 (5), 20-22.
- Ette, A.; Sauer, L. (2010): Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden.

- Gans, P. (1984): Innerstädtische Wohnungswechsel und Veränderungen in der Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Ludwigshafen/Rhein. Eine empirische Untersuchung über Wohnungsteilmärkte und Mobilitätsbarrieren. In: *Geographische Zeitschrift* 72 (2), 81-98.
- Gans, P. (2011): *Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft*. Darmstadt.
- Gatzweiler, H.-P.; Schlömer, C. (2008): Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 2008 (3/4), 245-259.
- Giese, E. (1978): Räumliche Diffusion ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Die Erde* 109 (1), 92-110.
- Glebe, G. (1986): Segregation and intra-urban mobility of a high-status ethnic group: The case of the Japanese in Düsseldorf. In: *Ethnic and Racial Studies* 9 (4), 461-483.
- Glebe, G.; Thieme, G. (2001): Ausländer in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg. In: *Institut für Länderkunde (Hrsg.): Bevölkerung. Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland*. Mithrsg. von P. Gans, F.-J. Kemper. Heidelberg u. a., 72-75.
- Glorius, B. (2008): La migration pendulaire de la main d'œuvre entre la Pologne et l'Allemagne. In: *Études Rurales* (182), 139-152.
- Goeddecke-Stellmann (1994): Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende? In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1994 (5/6), 373-386.
- Grünheid, E.; Mammey, U. (1997): Bericht 1997 über die demographische Lage in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22 (4), 377-480.
- Gruner-Domić, S. (1999): Beschäftigung statt Ausbildung. Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961 bis 1989). In: Motte, J.; Ohliger, R.; Oswal, A. von (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*. Frankfurt am Main u. a., 215-240.
- Haug, S. (2000): *Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland*. Opladen.
- Haug, S. (2003): Arbeitsmigration, Familiennachzug, Heiratsmigration. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 28 (2/4), 335-353.
- Haug, S.; Sauer L. (2006): Zuwanderung und räumliche Verteilung von Aussiedlern und Spätaussiedlern in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31 (3/4), 413-441.
- Heins, F. (2006): Le origini e le destinazioni degli Italiani in Germania. In: Carchedi, F.; Pugliese, E. (Hrsg.): *Andare, restare, tornare. Cinquant'anni di emigrazione italiana in Germania*. = *Quaderni Sulle Migrazioni* 16. Isernia, 153-168.
- Herbert, K. (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München.
- Heß, B. (2009): *Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung*. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. = Working Paper 28.
- Hunn, K. (2005): „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik. Göttingen.
- Jöns, H. (2009): „Brain circulation“ and transnational knowledge networks: Studying long-term effects of academic mobility to Germany, 1954–2000. In: *Global Networks* 9 (3), 315-338.
- Jones, P. N. (1994): Economic restructuring and the role of foreign workers in the 1980s: The case of Germany. In: *Environment and Planning A* 26 (9), 1436-1458.
- Kemper, F. J. (2006): Internationale Wanderungen und ausländische Bevölkerung in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31 (3/4), 389-412.
- King, R. (2002): Towards a new map of European migration. In: *International Journal of Population Geography* 8 (2), 89-106.

- Kolodziej, D. (2011): Fachkräftemangel in Deutschland. Statistiken, Studien und Strategien. Berlin. = Infobrief. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (WD 6 – 3010 – 189/11).
- Korcz, R.; Schlömer, C. (2008): Perspektiven internationaler Wanderungen und demographische Heterogenisierung in den Regionen Deutschlands. In: Informationen zur Raumentwicklung 2008 (3/4), 153-169.
- Mammey, U. (1993): Zur Situation der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 51 (5), 265-273.
- Mammey, U.; Swiaczny, F. (2001): Aussiedler. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Bevölkerung. Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Mithrsg. von P. Gans, F.-J. Kemper. Heidelberg u. a., 132-135.
- Mehrländer, U. (1986): Auswirkungen der „neuen“ Ausländerpolitik auf Situation und Verhalten der ausländischen Wohnbevölkerung im Aufnahmeland – Beispiel Bundesrepublik Deutschland. In: Körner, H.; Mehrländer, U. (Hrsg.): Die „neue“ Ausländerpolitik in Europa. Erfahrung in den Aufnahme- und Entsendeländern. Bonn, 103-119. = Ausländerpolitik und Ausländerforschung 3.
- OECD (2013): International migration outlook 2013. Paris.
- Schlömer, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen. In: Berichte 31, Bonn.
- Schlömer, C. (2012): Zusammenhänge zwischen internationalen Wanderungen und Binnenwanderungen – die indirekten Folgen der Internationalisierung? In: Köppen, B.; Gans, P.; Milewski, N.; Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung. Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? Norderstedt, 43-64. = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 5.
- Schlömer, C.; Bucher, H. (2001): Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen. Auf der Suche nach einem theoriegestützten Zusammenhang. In: Informationen zur Raumentwicklung 2001 (1), 33-47.
- Schönwälder, K. (2003): Zukunftsblindheit oder Steuerungsversagen? Zur Ausländerpolitik der Bundesregierungen der 1960er und frühen 1970er Jahre. In: Oltmer, J. (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Göttingen, 123-144. = IMIS-Schriften 12.
- Schütte, G.; Sinz, M. (1985): Ausländerbeschäftigung und Wirtschaftsstruktur. In: Informationen zur Raumentwicklung 1985 (6), 244-250.
- Sonnenberger, B. (2003): Verwaltete Arbeitskraft: die Anwerbung von ‚Gastarbeiterinnen‘ und ‚Gastarbeitern‘ durch die Arbeitsverwaltung in den 1950er und 1960er Jahren. In: Oltmer, J. (Hrsg.): Migration steuern und verwalten. Göttingen, 145-174. = IMIS-Schriften 12.
- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010. In: Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013): Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012. Pressemitteilung 156 vom 07.05.2013. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13\\_156\\_12711.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13_156_12711.html) (03.08.2013).
- Steinert, J.-D. (1992): Drehscheibe Westdeutschland: Wanderungspolitik im Nachkriegsjahrzehnt. In: Bade, K. J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, 2. Aufl., 386-392.
- Swiaczny, F. (1999): Aussiedler – Migration und räumliches Verhalten dargestellt am Beispiel der Stadt Mannheim. In: Wendt, H. (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland – Prozesse und Herausforderungen. Wiesbaden, 39-60. = Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 94.
- Swiaczny, F.; Milewski, N. (2012): Internationalisierung der Migration und demographischer Wandel. Eine Einführung. In: Köppen, B.; Gans, P.; Milewski, N.; Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? Norderstedt, 11-41. = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 5.

- Thai, P.-T. (2010): Die Rückorientierung von Vietnamesen in Deutschland – eine wirtschaftliche Perspektive. Unveröffentlichte Diplomarbeit in Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Mannheim.
- Wenning, N. (1996): Migration in Deutschland. Ein Überblick. Münster.
- Wenzel, H. (2004): Aussiedler. Entwicklungsimpulse für den ländlichen Raum? In: Geographische Rundschau 56 (9), 34-39.
- Zarth, M. (1994): Die beschäftigungspolitische Bedeutung ausländischer Arbeitnehmer unter sektoralen und regionalen Aspekten. In: Informationen zur Raumentwicklung 1994 (5/6), 399-410.
- Zwengel, A. (2011): Kontrolle, Marginalität und Misstrauen? Zur DDR-Spezifik des Umgangs mit Arbeitsmigranten. In: Zwengel, A. (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt. = Studien zur DDR-Gesellschaft XIII. Berlin, 3-20.

## Autoren

Prof. Dr. **Paul Gans** (\*1951), Studium der Geographie und Mathematik, 1980–1996 an verschiedenen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig; Gastdozenturen in Argentinien und Chile; seit 1996 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeographie an der Universität Mannheim; Mitglied im Senat sowie Senatsausschuss Evaluation der Leibniz-Gemeinschaft, im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, im Kuratorium des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, im Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik des BMVBS, Mitglied in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung sowie der LAG Baden-Württemberg der ARL; Forschungsgebiete: Stadt- und Bevölkerungsgeographie, demographischer Wandel.

Dr. **Claus Schlömer** (\*1968), Studium der Geographie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Städtebau in Köln und Bonn, nach verschiedenen Stationen innerhalb des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) seit 2004 Mitarbeiter im Referat „Raumentwicklung“ des BBSR, daneben freiberufliche Tätigkeit im Bereich demographischer Gutachten; Promotion 2008 zum Thema „Binnenwanderungen in Deutschland“. Seit 2011 verantwortlicher Projektleiter für die Raumordnungsprognose (Bevölkerung, Haushalte, Erwerbspersonen) des BBSR.